

FM/PUS

Bern, 4. August 1989

Studie für ein DEH-Regionalprogramm
Mittlerer OstenInhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Zusammenfassung	
Einleitung	1
Teil 1:	
Die Entwicklungshilfeleistungen der offiziellen Schweiz zugunsten der Länder des Mittleren Ostens von den sechziger Jahren bis heute	2
1. Art, Inhalt und Grössenordnung der schweizerischen Leistungen	2
2. Gründe für die schweizerische Haltung	4
Teil 2:	
Die Länder der Region: Entwicklungspolitische Situation, Probleme, Tendenzen	5
1. Die Länder der Region im gegenseitigen Vergleich, Gemeinsamkeiten und Unterschiede	5
2. Die Länder der Region mit ihren charakteristischen Problemen und Tendenzen der Entwicklung	13
Teil 3:	
Die Entwicklungshilfeleistungen der Länder der Region	23
1. Die Geberländer und die Grössenordnung ihrer Leistungen	23
2. Die Empfängerstaaten der Entwicklungshilfeleistungen und die Grössenordnung der Betreffnisse	24
Teil 4:	
Elemente für ein Regionalkonzept der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit	25
1. Länder und regionale Probleme, die in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit Beachtung finden sollten	25
2. Szenarien für eine Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern, die schweizerischerseits künftig Beachtung finden sollten	28
3. Finanzieller Rahmen und organisatorische Struktur für die Verwirklichung eines DEH-Regionalkonzeptes	39
Quellennachweis	41
Anhänge:	
1 a - 1: Die Leistungen der Schweiz zugunsten der einzelnen Länder	
2 Leistungen der Schweiz an die für die Länder der Region wichtigsten internationalen und international tätigen Organisationen	
3 Friedenserhaltende Operationen der Schweiz	
4 Angaben betreffend Gesellschaft, Wirtschaft, Politik	
5 Entwicklungshilfeleistungen der Länder der Region	

Zusammenfassung

Keines der Länder des Nahen Ostens ist ein Schwerpunktland für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit. Gleichwohl hat sich die DEH in den vergangenen Jahren immer wieder mit einzelnen Ländern befassen müssen. Zur Zeit gibt es laufende Projekte der Technischen Zusammenarbeit in fünf Ländern (Aegypten, Arabische Republik Yemen, Jordanien, Türkei sowie in den von Israel besetzten Gebieten), wobei DEH-eigene Projekte nur noch in einem Land (der Türkei) betrieben werden. Daneben ist auch die Humanitäre Hilfe sehr stark, vor allem im Libanon sowie im Rahmen des Palästinenserproblems in Aegypten, Jordanien, Syrien und Israel engagiert. Engagiert ist aber auch das BAWI, das laufende Programme in Aegypten, Jordanien und der Türkei unterhält.

Wegen seiner geographischen Lage und der riesigen Reserven an Oel und Naturgas kommt dem Nahen Osten solche geopolitische Bedeutung zu, dass es unschwer ist, vorauszusehen, dass diese Region und einzelne ihrer Länder die DEH auch in Zukunft direkt und indirekt beschäftigen werden. Aus diesem Grunde hat die geographische Sektion Asien I schon seit geraumer Zeit beabsichtigt, im Rahmen einer Studie drei Dinge zu tun: Erstens, übersichtlich zusammenzutragen, was von der Schweiz in den betreffenden Ländern gemacht worden ist; zweitens, die wesentlichen Probleme aufzulisten, mit denen die Region und die einzelnen Länder jetzt und in Zukunft konfrontiert sind bzw. sein dürften; drittens, gestützt darauf in konzeptioneller Hinsicht Ideen zu entwickeln, d.h. zu fragen mit welchen Ländern - sofern die Voraussetzungen es erlauben - richtigerweise eine schweizerische Entwicklungszusammenarbeit unter Einsatz aller zur Verfügung stehender Instrumente gesucht werden sollte und wie Szenarien für eine solche schweizerische Hilfeleistung aussehen könnten. Diesem Ziel, ein Konzept für eine schweizerische Entwicklungszusammenarbeit für diese Region festlegen zu können, soll die vorliegende Studie dienen.

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass sich längerfristig ein intensiveres Engagement der Schweiz in der Region durchaus rechtfertigen würde, nicht zuletzt deshalb, weil einige Probleme, mit denen einzelne Länder konfrontiert sind, Auswirkungen auch auf die Schweiz haben dürften (z.Bsp. Migrationsdruck aufgrund der Bevölkerungsexplosion). Die Studie schlägt deshalb vor, dass die Schweiz mit verschiedensten zur Verfügung stehenden Instrumentarien der Entwicklungshilfe in den folgenden Ländern aktiv bzw. aktiver werden könnte oder sollte: In einer ersten Priorität in der Türkei und in Aegypten; in einer zweiten Priorität in der Arabischen Republik Yemen, in der Demokratischen Volksrepublik Yemen, im Libanon aber auch im Palästinenserstaat (im Hinblick auf dessen mögliche Gründung sowie während einer gewissen Zeit nach erfolgter Gründung); und in einer dritten Priorität schliesslich in Syrien und in Jordanien.

Bei der Lektüre dieser Studie sind folgende Aspekte zu beachten:

1. Die Studie erwähnt an verschiedenen Stellen laufende oder mögliche Programme des BAWI. Damit ist selbstverständlich nicht eine Einmischung der DEH in die Angelegenheiten des BAWI beabsichtigt. Beabsichtigt ist lediglich, in einer Gesamtschau ausdrücklich auf die verschiedenen Instrumente der Entwicklungshilfe hinzuweisen, die in ihrem Zusammenspiel das in der gegebenen Situation Notwendige und Angebrachte erbringen sollen.

2. In Teil 4, Ziff. 2, sind Szenarien für eine Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern dargestellt, die schweizerischerseits künftig Beachtung finden sollten. Damit soll nicht verbindlich festgelegt werden, was künftig gemacht werden soll; diese Szenarien sollen vielmehr in erster Linie Ideen dazu vermitteln, in welcher Richtung und in welcher Weise die Schweiz allenfalls künftig tätig werden könnte. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass in dieser Phase der Ueberlegungen bewusst noch davon abgesehen worden ist, ausserhalb der DEH Stehende ins Gespräch einzubeziehen oder sogar das Gespräch mit den betroffenen Regierungen zu beginnen.
3. Es liegt auf der Hand, dass ein eingehenderes Befassen mit dieser Region nicht nur finanzielle, sondern auch personelle Konsequenzen hat. Dies unabhängig davon, ob dieses Befassen in dem von der Studie anvisierten, weitgefassten Rahmen oder in einer eingeschränkteren Art erfolgen wird.

Aufgrund eines Beschlusses der Direktion der DEH ist die Studie (in ihrer Fassung vom 9. Februar 1989) im April 1989 den anderen Direktionen des EDA sowie dem BAWI und dem DFW zur Stellungnahme zugestellt worden. Am 4. Juli hat ein Gespräch mit Vertretern dieser Direktionen und Aemter stattgefunden, das neben der grundsätzlichen Uebereinstimmung in der Beurteilung der aktuellen Lage (Problemanalyse) kurz zusammengefasst folgendes ergeben hat:

- Uebereinstimmung in der Bedeutung, die der Region bzw. den Ländern und ihren Problemen für Europa (und damit auch der Schweiz) jetzt schon, aber noch bedeutend gesteigert in Zukunft, beizumessen ist (die Probleme vor Europas "Haustür" werden als weit brisanter eingeschätzt als die gleichen Probleme in weit oder weiter entfernten Schwerpunkt- oder Schwellenländern);
- Uebereinstimmung in der Notwendigkeit/Dringlichkeit, die Arbeiten betreffend die Region bzw. die entsprechenden Länder weiterzuführen, den vorgeschlagenen Massnahmenkatalog wesentlich zu überarbeiten und zu vertiefen sowie zu einem Regional-konzept zu gelangen (wobei offengelassen bleibt, ob allenfalls weitere Staaten einbezogen werden müssten);
- Uebereinstimmung in der Feststellung allgemeiner Ratlosigkeit darüber, wie zur "Lösung" der Probleme beigetragen werden könnte; verbunden aber mit der weiteren Feststellung, dass nach neuen (unkonventionellen) Möglichkeiten gesucht werden muss;
- Uebereinstimmung schliesslich in der Forderung bzw. Aufforderung an die DEH, den Dialog über die Studie und die darin enthaltenen Probleme zu beginnen, um im Sinne grösserer Realitätsbezogenheit langfristig Parlament und Oeffentlichkeit mit den Grössenordnungen der Probleme und mit möglichen Optionen vertraut zu machen.

Die vorliegende, leicht revidierte Fassung der Studie widerspiegelt noch nicht die längerfristigen Postulate des Gespraches vom 4. Juli; berücksichtigt sind lediglich einige der kritischen Bemerkungen und formellen Anregungen.

Einleitung

Die Länder, mit der sich diese Studie befasst, sind die arabischen Länder der geographischen Sektion Asien I der DEH, d.h. der Arabischen Halbinsel, des Arabischen Golfes und der Levante inkl. der von Israel seit 1967 besetzten Gebiete und einschliesslich Irak. Wegen seiner starken Verknüpfung zu diesen Ländern der arabischen Welt ist auch Aegypten trotz Zugehörigkeit zu einer anderen geographischen DEH-Sektion in die Studie eingeschlossen. Mitberücksichtigt sind indessen auch die Türkei, Iran und Israel (in den Grenzen von 1948) als Teile der geographischen Sektion Asien I, unabhängig von ihrer ethnischen und kulturellen Verschiedenheit von den arabischen Ländern.

Es ist durchaus möglich und denkbar, dass die Studie in einer weiteren Phase auch auf die anderen Länder der arabischen Welt oder Teile davon, ausgedehnt wird, sofern es als notwendig und nützlich erscheint, ein Regionalkonzept für die gesamte arabische Region zu haben.

Die Studie ist in vier Teile gegliedert:

Ein erster Teil beleuchtet die bisherigen Entwicklungsleistungen des Bundes zugunsten der Länder der Region. Berücksichtigt sind dabei nicht nur die Leistungen der DEH im Sinne von bilateraler und multilateraler technischer Zusammenarbeit und Finanzhilfe, humanitärer und Katastrophenhilfe sowie Stipendienleistungen, sondern auch die Leistungen des BAWI und diejenigen des politischen Departementes im Sinne von friedenserhaltenden Operationen der Schweiz; ein Blick ist dabei auch auf die Leistungen der schweizerischen Privatwirtschaft geworfen. Ein zweiter Teil skizziert die entwicklungspolitischen Gegebenheiten mit denen einzelne oder mehrere Länder der Region in der Vergangenheit konfrontiert waren und in absehbarer Zukunft sein werden; ein dritter Teil versucht einige Antworten darauf zu geben, welche Anstrengungen in der Region selbst und insbesondere von den reichen erdölexportierenden Ländern als Hilfe für die Entwicklung der weniger bemittelten Länder unternommen werden; im vierten Teil schliesslich sollen Möglichkeiten für eine neue schweizerische Entwicklungshilfepolitik gegenüber den Ländern der Region besprochen werden.

Teil 1:

Die Entwicklungshilfeleistungen der offiziellen Schweiz zugunsten der Länder des Mittleren Ostens von den sechziger Jahren bis heute

1. Art, Inhalt und Grössenordnung der schweizerischen Leistungen

- a) Gegenstand der Untersuchung bilden in erster Linie die Leistungen der DEH (Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe) unter Miteinbezug der humanitären Hilfe, des schweizerischen Katastrophenhilfscorps sowie des Stipendiendienstes. Mitberücksichtigt sind auch die Leistungen der Stipendienkommission des EDI, die friedenssichernden Operationen des EDA und die Leistungen des BAWI. Ein Blick geworfen ist auch auf die Aktivitäten der schweizerischen Privatwirtschaft. Die detaillierten Ergebnisse finden sich im Anhang aufgelistet nach Land, soweit das möglich war (Annex 1a - 1), bzw. zusammengefasst für die ganze Region bezüglich der Leistungen an internationale und international tätige Organisationen sowie der friedenssichernden Operationen (Annex 2 und 3).

Die Ergebnisse sind in zweifacher Hinsicht zu relativieren:

Erstens ist mit Ausnahme der friedenssichernden Operationen und der Leistungen des BAWI nicht der letzte Schweizer Franken miteingerechnet, der je in diese Länder geflossen ist. Die Untersuchung beschränkt sich auf die Angaben, die in vertretbarem Zeitaufwand zusammengetragen und berechnet werden konnten. So sind für die Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe alle Verpflichtungen berücksichtigt, die die DEH von 1962 bis 87 eingelöst hat; für die humanitäre Hilfe und für das Katastrophenhilfscorps sind alle Leistungen von 1969 - 87 aufgeführt; bei den Stipendien figurieren alle Stipendiaten von 1961 - 87, doch sind die Leistungen lediglich aufgrund der durchschnittlichen Kosten pro Stipendiat (Erfahrungswerte) berechnet.

Zweitens ist bei den Beträgen des Bundes an internationale oder international tätige Organisationen eine Aufschlüsselung pro Land nicht und eine Berechnung für die gesamte Region nur bedingt möglich. Die Untersuchung beschränkt sich deshalb darauf, die jährlichen Grössenordnungen aufzuzeigen, in denen sich die Schweizer Beiträge an die fünf wichtigsten Organisationen in den vergangenen zehn bzw. für UNDP in den vergangenen fünf Jahren bewegten.

b) Das Ergebnis kann wie folgt kurz zusammengefasst werden:

1. An die reichen Oelländer der Arabischen Halbinsel (Arabische Emirate, Bahrein, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien) sowie an Oman sind mit Ausnahme eines Stipendiums an Saudi-Arabien keine Leistungen der offiziellen Schweiz geflossen. Indessen haben sich Saudi-Arabien und Oman verschiedentlich um eine Zusammenarbeit mit der offiziellen Schweiz bemüht. Seit 1987 besteht eine Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien via das Bundesamt für Zivilschutz und z.Zt. ist eine Zusammenarbeit mit Oman via das Bundesamt für Umweltschutz pendent.
2. Leistungen des BAWI erfolgten nur an drei Länder, nämlich die Türkei (Konsolidierungsabkommen über insgesamt SFr. 300 Mio), Aegypten (2 Mischkredite von insgesamt SFr. 150 Mio und Umschuldungsabkommen über SFr. 425 Mio) und Jordanien (Mischkredit von insgesamt SFr. 60 Mio).
3. Entsprechend der Zahl und der langen Dauer der mittel-östlichen Krisen stellten die Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittel- und Katastrophenhilfe die umfassendsten Leistungen der Schweiz dar. Mit Ausnahme der Türkei und der Arabischen Republik Yemen waren diese Leistungen um ein Mehrfaches grösser als die Leistungen der Technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe. Dies insbesondere, wenn auch die Leistungen an die UNRWA und ans IKRK mitberücksichtigt werden. Im Falle des demokratischen Yemen stellte diese Hilfe den einzigen schweizerischen Beitrag dar.
4. Mit Ausnahme der reichen Oelländer (vgl. Ziffer 1) und des demokratischen Yemen sind Stipendienleistungen in recht beträchtlichem Ausmass an alle Länder der Region geflossen. Dabei waren die Leistungen in jenen Ländern am grössten, in denen die Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe am geringsten war (Syrien, Irak, Iran, Israel).
5. In der Vergangenheit hat die DEH in neun der sechzehn Länder Projekte mit einem im DEH Gesamtverhältnis geringen Volumen betrieben. Laufende Projekte der Technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe gibt es z.Zt. nur noch in fünf Ländern (Aegypten, Israel [besetzte Gebiete], Jordanien, Arabische Republik Yemen, Türkei), wobei DEH-eigene Projekte nur noch in einem Land (der Türkei) betrieben werden.
6. Für die schweizerische Privatwirtschaft sind Saudi-Arabien (Rangstelle 12), Israel (Rang 14) und die Türkei (Rang 17) von den Ländern der Region am wichtigsten. In der gesamtschweizerischen Marktbedeutung kommt den anderen Ländern folgende Rangstelle zu: Iran 26., Aegypten 33., Vereinigte Arabische Emirate 41., Irak 48., Kuwait 55., Bahrein 60., Libanon 61., Oman 62., Syrien 65., Katar 69., Jordanien 70.

2. Gründe für die schweizerische Haltung

Es rechtfertigt sich, zu Beginn dieses kurzen Abschnittes einen Blick auf das Pro-Kopf-Einkommen der sechzehn Länder zu werfen, da dieses als Gradmesser für die Entwicklung betrachtet wird.

Gemäss der OECD-Definition gehören beide Yemen zu den 36 "Least developed countries" der Vereinten Nationen und Aegypten zu den "anderen Ländern mit tiefem Einkommen"; die Türkei, Israel, Jordanien, Libanon, Oman und das zur OAPEC gehörende Syrien zählen zu den "Schwellenländern" während das OPEC Land Iran, die OPEC und OAPEC Länder Irak, Katar, Kuwait, Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie das OAPEC Land Bahrein zu den "restlichen Ländern oder den Ländern auf dem Wege der Industrialisation" gehören.

Zwar war, wie bereits erwähnt, das Volumen schweizerischer Entwicklungshilfe (Technische Zusammenarbeit/Finanzhilfe) an die Länder der Studie im gesamten betrachtet klein. Es soll aber gleichwohl kurz auf die Gründe dafür eingegangen sein, und auch darauf, weshalb ein Programm zusammengestellt worden ist für Nord-Yemen, nicht aber für das gleich (schlecht) gestellte 1967 unabhängig gewordene Süd-Yemen, oder weshalb das Ausmass der Zusammenarbeit mit der Türkei um ein Vielfaches grösser war, als mit dem ärmeren Aegypten oder weshalb Iran von der Schweiz etwas grössere Leistungen erhielt, als das vergleichsweise ärmere Syrien.

Es ist nicht zu übersehen, dass das bisherige schweizerische Engagement zum Teil durch eine gewisse Zufälligkeit charakterisiert war. Als Beispiel dafür soll hier der Hinweis genügen, dass etwa eine seinerzeit in der Schweiz ausgebildete iranische oder türkische Elite durch ihre persönlichen Kontakte zu schweizerischen Entwicklungsträgern eine Zusammenarbeit ermöglicht oder wenigstens erleichtert hatte. Die Gründe für die bisherige schweizerische Haltung gegenüber den Ländern der Studie dürften indessen vorwiegend ökonomischer und politischer Natur gewesen sein: ökonomischer Natur, weil wegen ihres Ölreichtums die Länder der arabischen Halbinsel (soweit sie überhaupt unabhängige Staaten waren) nie in die Kriterien für eine schweizerische Entwicklungszusammenarbeit gefallen sind. Politischer Natur, weil im wesentlichen zwei Faktoren offensichtlich eine entscheidende Bedeutung erhalten haben: Die verschiedenen Kriege, mit denen die arabischen Länder die Staatsgründung Israels rückgängig machen wollten und die Bezeichnung verschiedener arabischer Länder als sozialistische Republiken (Aegypten, Syrien, Demokratische Volksrepublik Yemen, Irak). Aus schweizerischen innenpolitischen Gründen wurde deshalb bis zum Friedensschluss (Aegypten) und zum näheren Zusammenschliessen mit Israel (Jordanien) ein (stärkeres) Engagement für die arabischen Länder der Region für weit weniger opportun erachtet, als eine Zusammenarbeit mit traditionell westlich orientierten Ländern (Türkei, Iran bis 1979). Den Stipendienleistungen in verschiedene arabische Länder, insbesondere nach Syrien, kamen in diesem Zusammenhang ein bisschen der Charakter einer Goodwillaktion zu. Die Humanitäre Hilfe ist indessen allen Staaten entsprechend den tatsächlichen Bedürfnissen zugeflossen.

Teil 2:Die Länder der Region: Entwicklungspolitische Situation, Probleme, Tendenzen

Diese Studie soll nicht im Detail die Entwicklung der einzelnen Länder seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges oder seit ihrer Unabhängigkeit aufzeigen. Es erscheint indessen nützlich, diesem Kapitel eine Reihe wichtiger statistischer Angaben und Informationen über die einzelnen Länder voranzustellen, die einen Vergleich zwischen den verschiedenen Ländern erleichtern und auf Probleme hinweisen sollen. Die ausgewählten Angaben betreffen Bereiche der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und finden sich in Tabellenform im Anhang (Anhang 4). Auf einzelne von ihnen wird im folgenden eingegangen werden. Dabei ist schon an dieser Stelle kritisch anzumerken, dass diese Angaben in verschiedener Hinsicht (z.B. Verteilung der Einkommen auf einzelne Schichten der Bevölkerung, Festlegung der Armutsgrenze, Erfassung der werktätigen Bevölkerung, etc.) lückenhaft sind; Angaben dazu fehlen in den offiziellen und inoffiziellen Statistiken oder die Art der Berechnung variiert entscheidend von Land zu Land.

1. Die Länder der Region im gegenseitigen Vergleich: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

a) Wirtschaftliche Entwicklung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. seit ihrer Unabhängigkeit haben alle Länder der Region grosse Anstrengungen unternommen auf den Gebieten Landwirtschaft, Transport, Industrie sowie soziale und medizinische Dienstleistungen. Das Ergebnis war, dass bereits 1960 nicht mehr die gesamte Region als durch extreme Armut gezeichnet, qualifiziert werden konnte, da die Staaten um den Persischen Golf bereits grosse Erdöleinnahmen erzielt und damit signifikante ökonomische Expansion erreicht hatten. Es ist von Interesse, den heutigen Zahlen des Brutto-sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung (vergleiche Anhang 4) dasjenige von 1960 gegenüberzustellen. Der Vergleich berechnet in Dollars, Basis 1960, sieht dabei wie folgt aus:

- Unter 100 US \$ pro Kopf der Bevölkerung war das Brutto-sozialprodukt damals in Iran (heute \$ 3'000), Jordanien (heute \$ 1'530) und Yemen (heute \$ 550);
- zwischen 100 und 200 \$, in Aegypten (heute \$ 730), Kuwait (heute \$ 16'100), Saudi-Arabien (heute \$ 8'000) und Syrien (heute \$ 1'880);
- zwischen 200 und 300 \$, im Irak (heute \$ 1'963) und in der Türkei (heute \$ 1'120);
- und schliesslich über 300 \$, in Israel (heute \$ 6'220) und im Libanon.

Das Demokratische Yemen (heute \$ 480) ist erst 1967 unabhängig geworden, und Bahrein (heute \$ 10'200), Katar (heute \$ 19'271) und die Vereinigten Arabischen Emirate (heute \$ 20'892) erst 1971.

b) Oel- und Gasvorkommen

Alle Länder der Studie mit Ausnahme von Jordanien und Libanon verfügen über Oel- und Gasvorkommen, die kommerziell genutzt werden. In Aegypten hat die kommerzielle Oelproduktion bereits 1911 begonnen, im Iran 1912, in Bahrein und Irak 1934, in Saudi-Arabien 1938, in Kuwait 1946, in Katar 1949, in der Türkei 1950, in Israel 1955, in den Vereinigten Arabischen Emiraten (die damals noch nicht vereinigt waren) 1962, in Oman 1967, in Syrien 1968, in der Demokratischen Volksrepublik Yemen 1986 und in der Arabischen Republik Yemen 1988. Quantität und Qualität dieser Vorkommen sind indessen so verschieden, dass sich daraus in ökonomischer Hinsicht die grössten Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern der Region ergeben haben. Diese Unterschiede sind noch beträchtlich gewachsen seit die oelreichen Staaten Mitte der 70er Jahre die ausländischen Oelfördergesellschaften vollständig expropriert und den Oelpreis pro Fass um ein Vielfaches erhöht hatten (von 2\$ auf 34\$).

Ein Blick auf die Wirtschaftsstruktur im Anhang 4 zeigt die Bedeutung der Oel- und Gasvorkommen für das Brutto-sozialprodukt der Förderländer. Sie dominieren in den Ländern der arabischen Halbinsel und im Irak und erreichen immer noch einen Anteil von 15% in Aegypten, und von 10% in Iran und in Syrien. Dabei bleibt die Bedeutung dieser Vorkommen für die betreffenden Länder auch weiterhin bestehen, da wie zu Beginn der 70er Jahre sich auch heute noch immer fast 60% der nachgewiesenen Weltölvorkommen (35% davon allein in Saudi-Arabien und Kuwait) und 25% der nachgewiesenen Weltgasvorkommen (60% davon allein im Iran) in den Förderländern dieser Studie befinden.

Die Aussichten auf die Erschöpfung dieser Ressourcen haben ab Mitte der 70er Jahre diese in Devisen umgewandelten Bodenschätze zum Motor der Entwicklung in allen Oelländern gemacht: Aufbau einer Infrastruktur, Diversifizierung der Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der petrochemischen Industrie sowie Anstrengungen im Dienstleistungssektor (Banken, Versicherungen) und in den Sektoren Erziehung, Bildung und Gesundheitswesen. Entsprechend der Bedeutung der Oel- und Gasvorkommen am Bruttoinlandprodukt ist diese Entwicklung am ausgeprägtesten ausgefallen in den bevölkerungsarmen Oelländern der arabischen Halbinsel. Doch hat diese forcierte Entwicklung diesen Ländern teilweise gewaltige Schwierigkeiten gebracht, wie der Abhängigkeit vom ausländischen Arbeitsmarkt (vergl. Ziffer 1e Migration) oder des Umstandes, dass Forschung und Erziehung mit dieser rasanten Entwicklung nicht Schritt gehalten haben.

c) Landwirtschaft und ländliche Bevölkerung

Bis in die 70er Jahre schuf der Landwirtschaftssektor den grössten Betrag am Bruttoinlandprodukt der Länder der Studie. Dies mit Ausnahme von Bahrein, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, in denen das Oel, und dem Libanon, in dem der Handel von weitaus grösserer Bedeutung waren. (Bis in die 50er Jahre hatte auch die Bevölkerung der Oelstaaten der arabischen Halbinsel fast ausschliesslich als Nomaden und Fischer gelebt)

In der Zwischenzeit hat sich die Situation insofern verändert, als heute Oel nur noch in Oman und Kuwait den grössten Beitrag zum Bruttoinlandprodukt leistet, während in allen anderen Ländern dem Dienstleistungssektor eine grössere Bedeutung zukommt. Die Unterschiede zeigen sich damit erst im Sektor, dem die zweite Wichtigkeit zukommt: Oel für Irak, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate; verarbeitende Industrie für Bahrein, Israel, Jordanien, Libanon und die Türkei und Landwirtschaft nur noch für Aegypten, den Iran, Syrien und die beiden Yemen.

Diese Entwicklung, sowie eine gegenüber den 50er Jahren sprunghaft angestiegene Urbanisierung, vermögen indessen nichts daran zu ändern, dass wir es in der Region im gesamten gesehen, mit Ausnahme von Bahrein, Katar, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Israel und wohl auch dem Iran, mit einer Gesellschaft zu tun haben, die in ihrer Mehrheit auf dem Lande wohnt und von landwirtschaftlicher Tätigkeit lebt. Trotz dieses Umstandes ist indessen allen Ländern, mit Ausnahme von Israel, gemeinsam, dass sie in den vergangenen dreissig Jahren, gemessen an den Aufwendungen für die Industrialisierung und die prestigeträchtigere Errichtung von Fabriken, verhältnismässig geringe Anstrengungen im landwirtschaftlichen Sektor unternommen haben. Teilweise ambitiöse Landreformen in Aegypten, Irak und Syrien in den 50er und 60er Jahren haben, nicht zuletzt wegen Realisierungsschwierigkeiten, im gesamten gesehen geringe konkrete Resultate gebracht und vermögen an der allgemeinen Beurteilung nichts zu ändern.

Allen Ländern gemeinsam ist auch, dass klimabedingt der landwirtschaftlich nutzbare Boden äusserst limitiert ist und gemeinsam ist schliesslich, dass mit Ausnahme von Israel, Libanon, Syrien und der Türkei die tatsächlich genutzte Bodenfläche noch einmal bedeutend geringer ist, als die nutzbare Fläche.

All dies hatte zur Folge, dass heute ausser Israel und der Türkei, keines der Länder der Studie Nahrungsmittelselbstversorger ist. Dementsprechend sind alle Länder auf teilweise grosse Nahrungsmittelimporte angewiesen, die vor allem in Aegypten, Jordanien, Libanon und Syrien auf Kosten dringend benötigter Devisen getätigt werden müssen.

d) Wasserbedürftigkeit

Im ganzen Mittleren Osten sind die Niederschläge im allgemeinen gering und variabel; sie sind saisonbedingt und häufig konzentriert auf schmale Gebiete und von kurzer Dauer. Bewässerung hat demzufolge immer eine grosse Rolle in der Oekonomie dieser Länder gespielt.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Länder Israel, Jordanien, Libanon, Syrien und der Irak. Sie liegen in dem durch Niederschläge verursachten sogenannten fruchtbaren Halbmond, der auch Südost-Anatolien und den Südwesten des Irans miteinschliesst. In allen diesen Ländern ist deshalb in bestimmten Gebieten Regenfeldbau möglich. In allen fünf Ländern ist indessen Bewässerung zusätzlich erforderlich und im Irak lebensnotwendig. Alle fünf bzw. sieben Länder haben in der Vergangenheit auf die Flüsse der Region zurückgegriffen: den Jordan, die kleineren Ströme Israels, den Litani, den Orontes, den Euphrat und den Tigris.

Entsprechend der Bedeutung, die der Irak, Israel und die Türkei traditionellerweise und Jordanien und Syrien seit kurzem der bewässerten Landwirtschaft beimessen, sind die Anstrengungen dramatisch gewachsen, das Wasser dieser Flüsse zu nutzen: In Israel, wo 1950 und 1987 je die Hälfte des kultivierten Landes, mit gegenüber 1950 vervierfachter Ausdehnung, bewässert waren, soll in den nächsten Jahren die kultivierte Fläche verdoppelt und die bewässerte Fläche fast verdreifacht werden. Der Irak mit einem ebenfalls 50%igen Bewässerungsanteil an der landwirtschaftlichen Fläche im Jahre 1950, will mit einem teilweise schon fertiggestellten System von Flusskontrollmassnahmen die Anbaufläche bei zumindest gleichbleibendem Bewässerungsanteil verdoppeln. Auch die Türkei, die 1960 10% des kultivierten Landes bewässerte (5% davon mit kleinen privaten Anlagen), hat in den letzten Jahren grösste Anstrengungen unternommen, die Bewässerungsmöglichkeiten zu verbessern. In Jordanien, das auch 1987 noch einen Regenfeldbauanteil von 92% aufwies, sind in den 80er Jahren riesige Bewässerungsanstrengungen gestartet worden, die im Entwicklungsplan für 1986 - 90 30% der Gesamtinvestitionen ausmachen. Syrien schliesslich, hatte im Jahre 1955 einen Bewässerungsanteil von 6% und im Jahre 1987 einen solchen von 16%, jedoch keine grossen Bewässerungsanlagen. Syrien will jetzt aber die extremen jährlichen klimatisch bedingten Produktionsschwankungen mit extensiven Bewässerungsprogrammen auffangen und gleichzeitig die Produktion steigern.

Ein kleiner Teil der notwendigen Wassermengen dürfte, insbesondere in Israel, von Meerwasserentsalzungsanlagen geliefert werden. Insgesamt aber werden sich die Länder zur Deckung ihrer Bedürfnisse im wesentlichen auf die Flüsse konzentrieren, d.h. auf Euphrat und Tigris die Türkei, Syrien und der Irak; auf den Yarmuk Syrien, Jordanien und Israel; auf den Jordan und seine Nebenflüsse Israel,

Jordanien sowie Libanon und (je nach künftiger Zugehörigkeit der syrischen, von Israel besetzten Golan-Höhen) Syrien; auf den Orontes Libanon, Syrien und die Türkei. Dabei gibt es Theorien, nach denen bereits einige der Kriege, die in jüngster Vergangenheit in dieser Region geführt worden sind, ihren (oder zumindest einen) wesentlichen Grund in der Deckung der nationalen Wasserbedürfnisse hatten...

Die Wasserbedürftigkeit besteht auch in Aegypten sowie den Ländern der Arabischen Halbinsel, in denen Regenfeldbau nur in Gebieten der Arabischen Republik Yemen und eingeschränkter im Demokratischen Yemen und Oman sowie in einem winzigen Teil Saudi-Arabiens möglich ist. Auch wenn in allen diesen Ländern ebenfalls gewaltige Anstrengungen unternommen werden (und in Aegypten mit dem Bau des Assuan-Hochdammes in den 60er Jahren bereits unternommen worden sind), die Bewässerungsmöglichkeiten und die Befriedigung der Trinkwasserbedürfnisse zu verbessern, wird dies nicht die gleichen oder ähnlichen offensichtlichen Konsequenzen haben wie bei der eingangs geschilderten Ländergruppe. Gemeinsam ist indessen den Ländern der Arabischen Halbinsel, dass die ins unermessliche gestiegene Nachfrage nach Wasser zu einem dramatischen Sinken des Grundwasserspiegels und in der Folge wegen des Eindringens des Meerwassers in gewissen Gebieten zu einer Versalzung des Bodens und folglich zum Verlust in der bereits geringen landwirtschaftlichen Produktion geführt haben (Bahrein, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate).

e) Fremdarbeiter (Migration)

Migration für Arbeit in andere Länder hat es in den Ländern der Studie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegeben. Von Bedeutung für die Region und deshalb hier als eine der wesentlichen Gemeinsamkeiten aufgezeigt, ist die Migration seit 1973 (Oelboom). Dank der Migration konnten die kapitalstarken aber bevölkerungsschwachen Oelstaaten Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate ihre ambitiösen Entwicklungsprogramme in relativ kurzer Zeit verwirklichen. Dabei halfen ihnen in den 70er Jahren in erster Linie Werkstätige aus den bevölkerungsreicheren oder-reichen aber rohstoffärmeren oder-armen Ländern Aegypten, Jordanien, Syrien, dem Libanon und beiden Yemen (zu nennen ist auch der Sudan, der Werkstätige in beträchtlicher Zahl nicht nur seinem Nachbarn Lybien sondern auch seinem Nachbarn Saudi-Arabien liefert). In den 80er Jahren begannen die Süd- und Süd-Ost Asiaten einen höheren Anteil am weitergestiegenen Bedarf an Arbeitskräften zu stellen: 1985 stellten die arabischen Länder der Studie nur mehr ca. 30%, die Süd- und Süd-Ost Asiaten aber 63% der ausländischen Arbeitskräfte. Die Migration gab unter anderem die Möglichkeit, hoher Arbeitslosigkeit (offener und verdeckter) in den Herkunftsländern zu entfliehen, gute Arbeitsgelegenheiten und Konsumgüter sowie soziale Vorzugsleistungen in den Zielländern zu erhalten.

In den Migrationsländern, d.h. in erster Linie den sechs Ländern des Golfs, hat die immer weiter steigende Zunahme an fremden Arbeitskräften dazu geführt, dass 1985 der Ausländeranteil an der werktätigen Bevölkerung in Saudi-Arabien über 40% (ohne Berücksichtigung der Landwirtschaft sogar 70%) in Bahrein und Oman über 50%, in Kuwait und Katar über 80% und in den Vereinigten Arabischen Emiraten sogar 90% betrug. Verursacht durch den Ölpreiserfall hat zwar 1986 und 1987 der Ausländerbestand in den sechs Staaten schätzungsweise um 12% abgenommen. Insgesamt sind aber alle diese Länder auch für ihre weitere Entwicklung entscheidend auf die fremden Arbeitskräfte angewiesen, da nur sie die Arbeiten verrichten, die den Prozess der Entwicklung in Gang halten können.

Für die in dieser Studie behandelten Herkunftsländer ist die Migration zahlenmässig von unterschiedlicher Bedeutung: In Syrien dürfte sie wegen der strikten Kontrolle des Staates zum Schutze der eigenen Wirtschaft nur ca. 4% der aktiven Bevölkerung ausmachen; in der Türkei trotz der steigenden Zahl von Türken in den westlichen Ländern gesamthaft nur ca. 5%, wobei nur ca. 10% davon in die Ölstaaten des Mittleren Ostens gehen; in Ägypten und Oman (das nicht nur Empfänger- sondern auch Senderland ist) ca. 20%; in Jordanien ca. 25%, wobei in diesen Zahlen die Palästinenser aus dem besetzten West-Jordanland eingeschlossen sind; in der Arabischen Republik Yemen schliesslich ca. 30% und vermutlich gleichviel in der Demokratischen Republik Yemen, während für den Libanon aus naheliegenden Gründen keine Zahlen erhältlich sind. (Die Migration aus dem Libanon ist aber ohne Zweifel bedeutend, muss man doch annehmen, dass der grosse Teil der christlichen und sunnitischen Bildungselite das Land in Richtung Westen verlassen hat.) Unterschiedlich in der Intensität sind auch die Auswirkungen der Migration auf die Oekonomie der einzelnen Länder. Doch ist allen gemeinsam, dass durch die Migration Arbeitskräfte verloren gehen: Ausgeprägt in Jordanien und etwas reduzierter in Ägypten findet ein eigentlicher "Brain-drain" statt. In den beiden Yemen und in Oman bewirkt die Migration vorwiegend der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Degradation der Landwirtschaft und eine Verhinderung oder Verzögerung des Aufbaus einer eigenen Industrie. Durch die Einführung der Bewilligungspflicht für Akademiker und gelernte Arbeiter hat Syrien die Verluste für die Wirtschaft des Staates eindämmen können. Gemeinsam ist aber auch allen Ländern, dass die Einkünfte der emigrierten Arbeitskräfte für die Oekonomie der Staaten wichtig sind. In den beiden Yemen sowie in Jordanien bilden diese Einkünfte sogar die bedeutendste Einnahmequelle des Staates. Und gemeinsam ist schliesslich allen Ländern, dass diese Einkünfte der Emigranten im Heimatland die Nachfrage nach Konsumgütern dramatisch steigern und damit inflationäre Tendenzen zumindest fördern.

Die bisher aufgezeigten und noch aufzuzeigenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede unter den Ländern der Region haben selbstverständlich auch direkte oder indirekte Auswirkungen auf die westeuropäischen Länder und damit auf die Schweiz. Die mit Abstand stärksten innenpolitischen Auswirkungen in den Ländern Europas dürften indessen beim hier behandelten Problem der Migration zu erwarten sein. Es soll deshalb kurz auf diesen Zusammenhang eingegangen werden: Zur Zeit bewegt sich die Migration aus den Ländern der Studie in die Länder Europas zahlenmässig noch auf relativ bescheidenem Niveau. Wie das Beispiel der Schweiz im Falle der Türkei indessen zeigt, besteht schon jetzt ein gewaltiger innenpolitischer Druck zur Begrenzung bzw. Reduzierung der Zahl der Migranten. Und doch ist unschwer vor auszusehen, dass die teilweise gravierenden wirtschaftlichen Probleme, mit denen verschiedene Länder der Studie konfrontiert sind, sowie deren Verschärfung durch ein teilweise starkes Bevölkerungswachstum und eine hohe offene und tendenziell zunehmende verdeckte Arbeitslosigkeit verbunden mit einer teilweise rasch fortschreitenden ökologischen Zerstörung und dem Auseinanderbrechen tradierter, sozialer Gesellschaftsstrukturen in Zukunft die Migration ins Ausland zur legalen und vor allem illegalen Arbeitssuche weiter ansteigen lassen dürfte. Bei der Grösse des Landes und den gegenwärtigen Problemen dürfte dies in erster Linie die Türkei betreffen, für die Schätzungen besagen, dass in den nächsten Jahren eine weitere Million Arbeiter - die Familienmitglieder nicht gerechnet - nach Europa drängen werden. Realistischerweise müsste wohl damit gerechnet werden, dass diese Migrationsbewegung auch Aegypten und darüber hinaus weitere bevölkerungsreiche Problemländer des Mittelmeerraumes (z.B. Algerien, Tunesien) erfassen wird.

f) Das Palästinenserproblem und der Staat Israel

Politisch von grösster Bedeutung für alle Länder der Region, mit Ausnahme der Türkei, ist die Frage nach der Zukunft der Palästinenser und Palästinas. Kein anderes Problem hat seit 1948 so nachhaltig die Politik dieser Region (und der Weltpolitik) geprägt und direkte und indirekte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Länder gehabt. Es können und sollen hier nicht alle Ereignisse aufgezählt werden, die seit und wegen der Gründung des Staates Israel Auswirkungen auf die Länder der Region gehabt haben. Lediglich stellvertretend seien genannt: Die fünf Kriege, in denen Aegypten, Jordanien, Syrien, der Irak und Libanon in wechselnden Koalitionen Israel gegenüber standen (1948, 1956, 1967, 1973 und 1982); der Zermürbungskrieg zu Beginn der 70er Jahre mit seinen enormen Schäden; die Vertreibung der bewaffneten Gruppen der Palästinenser aus Jordanien im September 1970; die mitverursachte Zerstörung des Staates Libanon (seit 1975); die wirtschaftlichen Boykottmassnahmen der anderen arabischen Länder im Falle von nicht genehmten politischen Entscheidungen, wie es am stärksten gegenüber Aegypten nach

der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Israel im Jahre 1979 zum Ausdruck gekommen ist; die Aufwendungen für die Palästinenser in den Lagern in den von Israel besetzten Gebieten sowie Jordanien, Syrien und Libanon; und nicht zuletzt die wesentlich durch die Existenz dieses Problems bedingten riesigen Militärausgaben aller Staaten.

Unabhängig von der erwarteten Ausrufung eines Palästinenserstaates wird die israelisch-arabische Auseinandersetzung ein dominierendes Problem bleiben.

g) Verschiedene weitere Gemeinsamkeiten

Es sind einige zusätzliche Aspekte, auf die es sich rechtfertigt, im Rahmen dieser Studie kurz einzutreten:

Trotz teilweise riesigem Pro-Kopfeinkommen der Bevölkerung und trotz der rasanten Entwicklung, die im gesamten gesehen in allen Staaten, mit Ausnahme wohl der beiden Yemen, stattgefunden hat, ist die soziale Gerechtigkeit in keinem einzigen Staat verwirklicht. Nicht nur dass die Einkommen ungleichmässig verteilt sind und die reicheren Gruppen unverhältnismässig mehr besitzen als die ärmeren, sondern es gibt auch in allen Staaten unterschiedlich grosse Gruppen von Menschen, die unter dem jeweiligen staatlichen Existenzminimum leben. Das betrifft nicht nur Länder wie Aegypten, Yemen oder die Türkei, sondern gerade auch die reichen Oelländer, aber auch Israel, wenn die innerhalb der Staatsgrenzen von 1948 lebende arabische Bevölkerung mitberücksichtigt wird.

Gemeinsam ist auch allen Ländern ein sprunghaftes Ansteigen der Bevölkerung als Resultat einer hohen Geburtenrate sowie verbesserter medizinischer Leistungen. Im Iran, Irak und den Golfstaaten beträgt die Steigerung beträchtlich über 3%. Dramatisch wird die Situation vor allem in Aegypten, aber auch in der Türkei, wo das Wachstum der Bevölkerung um ca. 3% bzw. 2,2% die Anstrengungen der Regierungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zunichte macht.

Gemeinsam ist auch, dass alle Länder Schwierigkeiten haben mit ethnischen oder religiösen Minderheiten, die in einer Reihe von Ländern sogar Auswirkungen haben auf die Stabilität der Regierungen. Das hat sich am augenfälligsten erwiesen im Libanon, doch trifft es auch auf Israel zu bezüglich des innerhalb der Staatsgrenzen von 1948 lebenden arabischen Bevölkerungsteils. Schwerwiegende Minderheitenprobleme haben auch die Türkei, der Irak, Iran und Syrien, wobei in der jüngeren und jüngsten Vergangenheit der Konflikt mit dem kurdischen Bevölkerungsteil in diesen Ländern am meisten Aufmerksamkeit erhalten hat (in der Türkei leben ca. 8,5 Mio Kurden, im Irak und im Iran je ca.

3,5 Mio und in Syrien ca. 0,8 Mio). In drei Ländern gehören die politischen Eliten sogar ethnischen oder religiösen Minderheiten an: In Syrien der Alawi-Minderheit und in Irak und Bahrein der sunnitischen Minderheit, wobei die Stabilität in Syrien (im Falle des Todes des derzeitigen Präsidenten) gefährdeter erscheint als im Irak oder in Bahrein. Die Schwierigkeiten im Volksdemokratischen Yemen schliesslich haben ihren Grund nicht in ethnischen oder religiösen, sondern in politischen Differenzen.

Gemeinsam ist, dass in dieser Region länderübergreifende Konflikte bestehen und dass auch immer wieder Kriege ausgetragen worden sind, die ihren wesentlichen Grund in einer unterschiedlichen Religionsanschauung haben, bzw. hatten. Ohne bis auf die Kämpfe der Bibel oder auf die Kreuzritterzüge zurückgehen zu müssen, gehören in diese Kategorie die Kriege zwischen Juden und Moslems im israelisch-arabischen Konflikt sowie die Kämpfe zwischen Christen und Moslems der verschiedenen Glaubensrichtungen im internationalisierten libanesischen Konflikt. Dazu gehört aber auch der irakisch-iranische Krieg, der seine Ursache mindestens teilweise in den Auseinandersetzungen zwischen fundamentalistischen Shiiten und den anderen Glaubensrichtungen des Islams hatte. Die Unterstützung der beiden Kriegsparteien durch die anderen Staaten der Region ist dabei wesentlich religiös-politisch motiviert gewesen. Es wird sich weisen, ob die Beendigung des Golfkrieges die Befürchtungen bewahrheiten werden, die in den sunnitisch-regierten Staaten mit shiitischen Minderheiten vor einem Uebergreifen der Islamischen Revolution auf ihre Staatsgebiete bestanden haben und immer noch bestehen. Es wird sich auch zeigen, wie weit die in Israel gehegten Befürchtungen gerechtfertigt waren, bzw. sind, dass die Rückeroberung Jerusalems für den Islam für die iranische Revolutionsregierung einen hohen Stellenwert hat.

Und gemeinsam ist schliesslich, mit Ausnahme von Iran, der Türkei und Israel, dass die sozio-kulturellen und institutionellen Rahmenbedingungen, die gemeinsame Geschichte sowie die Identifikations- und verwandschaftlichen Gefühle für die Länder der Studie von grösserer Bedeutung sind, als die oekonomischen Gegebenheiten. Sie charakterisieren im Grunde diese Länder zusammen mit den arabischen Ländern Nordafrikas und grenzen sie ab von Entwicklungsländern in anderen Regionen der Welt.

2. Die Länder der Region mit ihren charakteristischen Problemen und Tendenzen der Entwicklung

- a) Die sechs Länder des 1981 gegründeten Golf-Kooperationsrates (Saudi-Arabien, Bahrein, Katar, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate)

Allen sechs Ländern des Golf-Kooperationsrates ist gemeinsam, dass ihre wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie auf der Ausbeutung der beträchtlichen Erdöl- und Erdgasvorkommen beruht. Dies gilt selbst noch für Bahrein trotz eines starken Rückgangs der Erdölförderung und auch für

Oman mit seinem im Vergleich geringen Erdölvorkommen. Alle Staaten forcieren den Aufbau einer eigenständigen Industrie, um die einseitige Abhängigkeit vom Erdölexport zu mindern, wobei jedoch der Stand der Entwicklung in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist, am weitesten wohl in Saudi-Arabien und am wenigsten weit in Oman. Gleichzeitig werden seit Mitte der 80er Jahre kapitalintensivere und technologieorientierte Betriebe gefördert, die die enorme Abhängigkeit der Länder von ausländischen Arbeitskräften längerfristig reduzieren sollen.

In allen Ländern werden auch enorme Anstrengungen unternommen, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern (bisher zu der in Saudi Arabien und Oman angestrebten Selbstversorgung), um damit die für alle Länder enorme Auslandabhängigkeit für die Nahrungsmittelversorgung zu reduzieren. Gleichzeitig wird mit dieser Politik versucht, die Lebenssituation der in der Landwirtschaft Tätigen zu verbessern und zwar vor allem in Saudi-Arabien und Oman, wo die Landwirtschaft immer noch für weit mehr als 50% der Gesamtbevölkerung die einzige Unterhaltungsmöglichkeit darstellt (die entsprechenden Zahlen in Tabelle 4 basieren auf der statistisch erfassten erwerbstätigen Bevölkerung).

b) Aegypten

Aegyptens Hauptcharakteristiken sind der Mangel an Landwirtschaftsland sowie eine rapide wachsende Bevölkerung, die nicht nur eine rasante Urbanisierung (zutreffender als "Verlummung" bezeichnet) und eine traditionellerweise bedeutende Migration von Arbeitskräften (vor allem Gebildete und spezialisierte Arbeitskräfte) zur Folge hat; sie hat auch die meisten Anstrengungen der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung immer wieder aufgehoben: So die Agrarreform der 50er Jahre, mit der das bis zum Sturze der Monarchie 1952 vorherrschende Feudalsystem abgeschafft wurde; die Eröffnung des mit westlicher Hilfe begonnen und mit russischer Hilfe fertiggestellten Assuan-Hochdammes im Jahre 1970, der die Bewässerungskapazität um 1/3 vergrösserte, dann aber einen Anstieg des Grundwasserspiegels verbunden mit Versalzung der Böden zur Folge hatte; und schliesslich die Landverbesserungsmassnahmen in den 80er Jahren.

Aegyptens Problem besteht aber auch darin, dass die Hauptdeviseneinkünfte, die von den aegyptischen Arbeitskräften im Ausland, dem zum wichtigsten Exportprodukt gehörenden eigenen Oel, den Suez-Kanaleinnahmen (seit 1974) sowie vom Tourismus stammen, in der Mitte der 80er Jahre stagniert (Kanaleinnahmen) oder beträchtlich zurückgegangen sind. Dies als Folge des Oelpreiserfalles, der Politik der reichen Oelländer (Reduktion der ausländischen Arbeits-

kräfte) und der internationalen Ereignisse. Dabei wären diese Einkünfte absolut notwendig, um eine Verbesserung der Zahlungsbilanz zu erreichen, die ihrerseits Voraussetzung wäre für eine angestrebte Steigerung des Bruttoinlandproduktes. Eine Verbesserung dieser Situation wird mittelfristig nicht erwartet, und Aegypten wird weiterhin von massiver ausländischer Hilfe abhängig sein. Diese Geldgeber erwarten von Aegypten, dass es seine Ausgaben beträchtlich kürzt, insbesondere durch eine drastische Reduktion der hohen Subventionierung der Grundnahrungsmittel sowie anderer Dinge des täglichen Bedarfs (z.B. Strom), doch dürfte dies die Lebensbedingungen der grossen Masse der ländlichen und städtischen Bevölkerung noch weiter verschlechtern.

c) Irak und Iran

Im Rahmen dieser Studie können die beiden Länder gemeinsam behandelt werden. Beide stehen am Ende des achtjährigen Krieges an einem Neubeginn ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Beide können dafür auf riesige Bodenschätze greifen; neben grossen Oel- und Gasvorkommen sind es insbesondere Erze und Kupfer sowie zusätzlich im Iran Kohle und Salz und im Irak Uran, Zink und Blei. Mit diesen Ressourcen dürfte die Behebung der Schäden der Kriegsjahre, der Auf- und Ausbau der Industrie sowie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion (im Irak mit besonderem Akzent auf Be- und Entwässerungseinrichtungen) sichergestellt sein.

In beiden Ländern haben indessen Minderheitenpolitik und Krieg gravierende und schwierig zu lösende menschliche Probleme geschaffen: Betroffen sind die Kurden, die abwechselnd in beiden Ländern, z.Zt. mit Nachdruck im Irak, verfolgt und bekämpft werden (dabei ist anzumerken, dass die Erdölvorkommen des Irak vor allem im Siedlungsgebiet der Kurden am Südhang der ostanatolisch-iranischen Gebirgskette liegen). Betroffen sind neben den Kriegsgefangenen der beiden Länder auch die Iraker und Iraner, die im jeweils anderen Land Zuflucht gesucht haben. Und betroffen sind schliesslich die in grosser Zahl in die Oelländer am Golf emigrierten Iraner und Iraker, deren Aufenthaltsbewilligungen aufgrund der veränderten Politik der Golfstaaten in jüngster Zeit nicht mehr verlängert worden sind, die aber aus politischen Gründen nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren können oder wollen. Für die zuletzt genannte Gruppe sind keine Zahlen erhältlich; über die auf dem jeweiligen Staatsgebiet befindlichen Angehörigen (inkl. Minderheiten) des anderen Landes verweigert der Irak auch gegenüber dem Flüchtlingshochkommissariat Angaben, während der Iran eine Zahl von 0,5 Mio nennt.

d) Israel

Israel ist das Land der Region mit der höchsten internationalen Verschuldung (und der höchsten Verschuldung der Welt pro Kopf der Bevölkerung). Diese Verschuldung ist ganz wesentlich durch die militärischen Anstrengungen sowie die Aufwendungen zur Administrierung der seit 1967 besetzten Gebiete verursacht. Trotzdem haben die Entwicklungsanstrengungen des Staates dazu geführt, dass alle Landesteile und alle Bevölkerungsschichten der ca. 3,5 Mio Juden heute ausgewogen an den Errungenschaften teilhaben. Ausgenommen sind indessen die ca. 0,8 Mio Israelo-Araber (die Araber innerhalb der Staatsgrenzen von 1948), obwohl auch sie gesamthaft gesehen bedeutend besser gestellt sind als Minderheiten in den anderen Ländern der Studie.

Ein wesentlicher Grund für dieses Entwicklungsergebnis besteht darin, dass der Staat Israel seit seinem Bestehen von den ca. 3 Mio Juden im (westlichen) Ausland (der sogenannten Diaspora) finanziell getragen worden ist, wobei anzunehmen ist, dass dies auch weiterhin geschehen wird.

Israels entscheidendes Problem, an dem die jüdische Bevölkerung Israels, aber auch die Juden der Diaspora sich jetzt sogar zu spalten drohen, ist die Frage nach der Zukunft der seit 1967 besetzten Gebiete und der in alle Welt zerstreuten Palästinenser. Dabei wird erwartet, dass die Beibehaltung des Status-Quo (Option des Likud-Blocks) Israel unverhältnismässig grösseren wirtschaftlichen und politischen Schaden zufügen wird (der bis zur Selbstzerstörung führen könnte), als die Nachteile, die die Errichtung eines Palästinenserstaates auf dem Gebiete von Westbank und Gaza mit sich bringen würden.

e) Jordanien

Jordanien hat von der Zerstörung des Handels- und Finanzzentrums Libanon profitiert und seit Ende der 70er Jahre Libanons frühere Position teilweise übernommen bzw. zu übernehmen versucht. Zudem hat sich Jordanien insbesondere in den letzten 10 Jahren zu dem entwickelt, was als Oase der wirtschaftlichen und damit zusammenhängend politischen Stabilität in der recht unstabilen Region bezeichnet wurde. Jordaniens Wirtschaft war und ist indessen, wie sich im Frühling 1989 dramatisch gezeigt hat, gar nicht so stabil. So ist Jordanien zur Deckung seines Etat immer auf substantielle, ständige und regelmässige Auslandhilfe (zur Zeit fast die Hälfte des Etat) angewiesen geblieben. Konsequenterweise musste deshalb die durch den Fall des Oelpreises bedingte Reduktion der für Jordanien lebensnotwendigen arabischen Finanzhilfe um 50 % bzw. ihr zuletzt völliges Ausbleiben in einer drastischen Reduktion der Investitionen

der öffentlichen Hand und damit in einer markanten Verzögerung der Entwicklungsanstrengungen resultieren. Direkte Auswirkungen auf Jordaniens Wirtschaft hatte und hat aber auch die Migrationspolitik der erdölexportierenden Länder: So haben die Rücküberweisungen der Jordanier in die Heimat zusammen mit den erwähnten Mitteln aus der Finanzhilfe Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre 2/3 des jordanischen Bruttoinlandproduktes erbracht. Dabei ist in der Migration die Abhängigkeit und damit die Anfälligkeit seit Mitte der 70er Jahre noch insofern gewachsen, als damals nur etwa 50% heute aber 85% der Expatriierten in den Ländern des Mittleren Ostens und insbesondere in den Golfstaaten arbeiten. So hat der drastische Fall des Oelpreises Mitte der 80er Jahre Einnahmenreduktionen um 17% und einen Rückgang der Emigranten von ca. 40% der erwerbstätigen Bevölkerung (zu Beginn der 80er Jahre) auf ca. 25% (Stand von 1975), verbunden mit einem beträchtlichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit, verursacht. Zwar wird dabei die offizielle Arbeitslosenquote mit zur Zeit immerhin etwas über 8 % beziffert, doch wird angenommen, dass sie in Wirklichkeit 15 % der Erwerbstätigen erreicht haben dürfte.

Um diese gravierende Abhängigkeit von Fakten ausserhalb der Kontrolle der Regierung zu reduzieren und die Rückkehrer in die Wirtschaft einzugliedern, versucht Jordanien die einheimische Produktionskapazität zu verbessern und die enorme Abhängigkeit im Agrarsektor zu reduzieren. Dabei soll die Balance zwischen wirtschaftlicher Aktivität und dem Arbeitskräftepotential in Zukunft besser berücksichtigt werden. Auch dabei werden indessen grosse Schwierigkeiten erwartet: Zum einen, weil es schwierig sein dürfte, die teilweise hochqualifizierten jordanischen Heimkehrer zur Uebernahme minderbezahlter manueller Arbeiten zu bewegen, die durch die Ausschaffung von Gastarbeitern aus Jordanien freigeworden sind. Zum andern, weil trotz riesiger, vorgesehener Investitionen, insbesondere für den Bau von Staudämmen mittlerer und kleinerer Grösse sowie von Bewässerungsanlagen, dem Wachstum des umweltbedingt kleinen Landwirtschaftssektors Grenzen gesetzt sind (Wüste).

Auch die politische Stabilität gilt seit den Ereignissen im Frühjahr 1989 als nicht mehr so fest. Dieses Phänomen liegt nicht zuletzt im Umstand begründet, dass der Profit aus der teilweisen Uebernahme des seinerzeitigen Handelszentrums Beirut ungleichmässig verteilt worden ist: Denn während insbesondere Amman sich zu einer Luxusstadt der Geschäftshäuser und Banken im Sinne eines Wasserkopfes entwickelt hat, ist im Resten des transjordanischen Teils des Landes alles weitgehend beim alten geblieben. Die jahrelang aufgestaute Unzufriedenheit der leer ausgegangenen Bevölkerung ist bei den durch den IWF im Frühling "verordneten" Preissteigerungen dramatisch manifest geworden.

Die Statistiken machen (noch) keinen Unterschied zwischen Jordaniern der Ostbank und (den Palästinensern) der von Israel besetzten Westbank. Es darf aber angenommen werden, dass die Jordanier der Westbank mindestens die Hälfte der Emigranten stellen. Die jetzt von Jordanien erklärte Trennung von der Westbank, und dann erst recht die eventuelle Gründung eines Staates Palästina wird dementsprechend Auswirkungen auf die Entwicklung Jordaniens haben.

f) Ein Palästinenserstaat auf dem Gebiete der noch von Israel besetzten Westbank und Gaza

Es rechtfertigt sich, im Rahmen dieser Studie einen Blick in die (nahe) Zukunft zu werfen:

Ein zukünftiger Palästinenserstaat wird nach Ueberwindung der politischen Hindernisse für seine Gründung mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert sein: Sowohl die Westbank, als auch Gaza sind praktisch reine, heute rückständige Agrargebiete ohne Bodenschätze, wenn man von den vom Baugewerbe anderer arabischer Staaten sehr geschätzten Steinbrüchen, insbesondere im Gebiete von Hebron absieht. Weder Jordanien, als dessen Teil die Westbank seit 1951 erklärt war, noch Aegypten, das Gaza seit 1948 administriert hatte, hatten bis 1967 wesentliche Anstrengungen für die Entwicklung dieser Gebiete unternommen. Anstrengungen, die gemacht worden waren, waren der Privatinitiative der reichen Plantagenbesitzer überlassen. Seit der Besetzung im Jahre 1967 hat Israel jegliche Konkurrenzierung der eigenen Agrarprodukte durch die Produkte dieser Gebiete im In- und Ausland unterbunden, sich das Gebiet als Lieferanten der eigenen Wirtschaft gemacht und als eigenen neuen Markt erschlossen. Industrie- und grössere Gewerbebetriebe fehlen völlig. Ausgebaut ist lediglich das Kommunikationssystem, da das Gebiet aus militärischen Gründen mit einem guten Strassennetz erschlossen worden ist. Dagegen liegen Telefonverbindung, Strom und Wasserversorgung im argen. Rückständig ist auch die Bewässerung, da das Graben und selbst das Vertiefen von Brunnen zur Förderung des im tiefer liegenden Israel benötigten Wasser bewilligungspflichtig und deshalb in der Praxis im Normalfall nicht möglich war. Riesige Anstrengungen bedürfen in Zukunft auch das Erziehungs- und Gesundheitswesen mit ihrem z.Zt. minimalen Ausrüstungsstand.

Probleme dürften sich aber auch aus der Anzahl der Personen ergeben, die in einem Staat Palästina angesiedelt und ernährt werden müssten und für die Arbeitsplätze gefunden oder geschaffen werden sollten: Bereits heute ist der Gazastreifen mit mehr als 0,4 Mio Einwohnern hoffnungslos überbevölkert und Arbeit gibt es fast nur in Israel. In der

Westbank mit seinen ca. 0,8 Mio ist die Situation zwar ein wenig besser, doch wird die Schaffung einer Heimstätte für die weiteren ca. 1,4 Mio UNRWA-registrierten Palästinenser, die jetzt ausserhalb der besetzten Gebiete leben (ca. 0,85 Mio in Jordanien, ca. 0,3 Mio im Libanon sowie ca. 0,25 Mio in Syrien) fast unüberwindbare Schwierigkeiten mitsichbringen. Diese dürften zusätzlich noch dadurch vergrössert werden, dass auch mit der Rückkehr von vielen, ausserhalb der besetzten Gebiete lebenden Palästinensern zu rechnen ist, die sich bei der UNRWA bis heute nie hatten registrieren lassen (in Jordanien allein wird die Zahl dieser Palästinenser auf ca. 0,5 Mio geschätzt).

g) Libanon

Seit dem Beginn des Bürgerkrieges im Jahre 1975, den Interventionen Syriens mit wechselnden innerlibanesischen Koalitionen und der israelischen Invasion im Jahre 1982 ist die Position des Libanons als Handels- und Finanzzentrum des Mittleren Ostens zerstört und befindet sich der Staat Libanon in Auflösung. Die aus dem Jahre 1932 stammende Machtbalance zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen des Landes ist damit aufgebrochen und der Staat unregierbar geworden.

Der Staat Libanon nimmt denn auch beim internationalen Kreditrating von gesamthaft 109 Ländern lediglich Rang 107 ein, was seine Kreditunwürdigkeit als Staat dokumentiert. In der Zwischenzeit ist eine sogenannte parallele Wirtschaftsstruktur entstanden, die die verschiedenen libanesischen Gruppen mit ihren jeweiligen ausländischen Mächten verbindet: Die Christen mit Israel und neuerdings Irak, die schiitischen Amal mit Syrien, die schiitischen Hizbollah mit dem Iran, Hadad-Miliz im Süd-Libanon mit Israel und die Drusen mit Lybien. Die im Lande Verbliebenen scheinen damit (für den Moment) ihr Auskommen gefunden zu haben.

Eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Staates Libanon hängt indessen von der dauerhaften, d.h. von allen libanesischen Kräften und den fremden interessierten Mächten getragenen Lösung der politischen Probleme ab.

h) Syrien

Vor allem wegen seiner Stellung als Frontstaat Israels und wegen seines militärischen Engagements im Libanon (in das es traditionelle politische Interessen hat) wendet Syrien seit Jahren ca. die Hälfte seiner Staatsausgaben für Verteidigungszwecke auf. Neben dem Umstand, dass diese Aufwendungen für die Oekonomie des Landes eine gewaltige Belastung darstellen, hat vor allem das Engagement im

Libanon Syrien nicht nur mit den westlichen Staaten sondern neuerdings auch mit seinem regionalen Verbündeten Iran in direkte militärische und insbesondere politische Konfrontation gebracht. Dies hat die Wirtschaft des Landes zusätzlich belastet, da die EG bis vor kurzem die Entwicklungshilfeleistungen gestoppt, die US-Regierung ebenfalls bis vor kurzem jegliche Wirtschaftskontakte untersagt hatte und der Iran in der Zwischenzeit insbesondere die Oellieferungen drastisch reduziert hat.

Ursache für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Oekonomie Syriens sind aber auch die ungünstigen Preisentwicklungen für die bescheidenen Devisenbringer Oel, Baumwolle und Phosphat. Mit dazu beigetragen haben dürften schliesslich aber auch Schwächen im Management der staatlich geführten Betriebe.

Auf der anderen Seite sind indessen in den vergangenen ca. 20 Jahren grosse Entwicklungsanstrengungen in den traditionell vernachlässigten ländlichen Gebieten unternommen worden. Zudem wurde die Stellung der ethnischen und religiösen Minderheiten in der Gesellschaft Syriens bedeutend verbessert.

Syriens Wirtschaftsentwicklung wird als günstig eingeschätzt. Dies zum einen wegen der relativ grossen, neuen Oelfunde; zum andern aber auch weil vor allem im Gewerbe- und Landwirtschaftssektor beträchtliche Verbesserungen erzielt werden können (z.Bsp. Verbesserung der Wassernutzung, Verbesserung in der landwirtschaftlichen Extension). Syrien dürfte indessen auch weiterhin auf Entwicklungshilfeleistungen angewiesen sein.

i) Türkei

Das gravierendste Problem der Türkei besteht wohl darin, dass die Wirtschaft des Landes seit Jahren sich in einer tiefen Krise befindet mit einem riesigen Defizit in der Leistungsbilanz (current account), ausserordentlich hohen Aufwendungen für den Schuldendienst (eine Rekordsumme von 6,7 Mia. \$ im Jahre 1988) sowie einer galoppierenden Inflation (z.Zt. offensichtlich über 80%). Da die Prognosen für die Inflationsentwicklung ungünstig sind, wird befürchtet, dass bei einer Lohnsteigerung von höchstens 38% gegen 90% aller Lohnempfänger weit unter das von der Universität Istanbul errechnete Armutsniveau zurückfallen werden.

Die Türkei ist aber auch charakterisiert durch ihre gewaltigen regionalen Unterschiede und Ungleichheiten. Während im klimatisch bevorzugten Westteil des Landes in den vergangenen zwanzig Jahren eine rasche und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden hat, blieb der Ostteil von dieser Entwicklung ausgeschlossen. Stattdessen hat in den vergangenen Jahren in dieser Region, insbesondere auf dem anatolischen Hochplateau, eine rasch fortschreitende ökologische Zerstörung stattgefunden (durch radikale Abholzung, Weidenübernutzung, Urbarmachung für die Subsistenzlandwirtschaft). Es wird befürchtet, dass dies die Lebensbedingungen der dortigen Bevölkerung, die von der Landwirtschaft abhängig ist, noch weiter beeinträchtigen wird. Dabei sind die Lebensbedingungen bereits schon ausserordentlich schlecht wegen des in dieser Gegend herrschenden gewaltigen Wassermangels; sie sind aber auch schlecht wegen des Umstandes, dass die Landwirtschaft insgesamt rückständig und die Vulgarisationsstruktur völlig ungenügend ist.

Auch das gewaltige Bevölkerungswachstum stellt die Türkei vor grosse Probleme; zusammen mit den marginalen Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande und verbunden und teilweise verursacht durch fehlende Ausbildungsmöglichkeiten hat es zu einem tendenziell ansteigenden Exodus in die Städte und ins Ausland geführt. Dabei dürfte der Exodus ins Ausland seinen Grund zumindest teilweise auch darin haben, dass sich die Türkei seit vielen Jahren ausserordentlich schwer tut mit politisch anders Denkenden sowie (was teilweise identisch ist) mit ihren (offiziell nicht als solche anerkannten) ethnischen Minderheiten.

k) Arabische Republik Yemen

Das Hauptproblem besteht in der hohen Migration in die reichen Oelländer der Arabischen Halbinsel und damit in der extremen Abhängigkeit von der Oelpreientwicklung sowie der Wirtschaftspolitik dieser Oelländer, allen voran Saudi-Arabien. Die Migration hat zu einem beträchtlichen Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion geführt, die dank relativ hoher Regenfälle und fruchtbaren Bodens ursprünglich einmal in der Lage war, die verhältnismässig grosse und schnell wachsende Bevölkerung zu ernähren. Dieser Prozess einer weiter wachsenden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten wird noch dadurch beschleunigt, dass wegen der Migration notwendige landwirtschaftliche Unterhaltarbeiten (Terrassierungen, etc.) vernachlässigt wurden. Die dadurch verursachte, steigende Bodenerosion gefährdet nun ihrerseits im gesamten den Fortbestand der traditionell hochstehenden Agrarkultur des Landes.

Die Absicht, den Rückgang in der Landwirtschaft durch neue Anstrengungen im industriellen und vermehrte Anstrengungen im traditionellen, gewerblichen Sektor zu kompensieren waren bisher nicht erfolgreich, da die Einkommen der Migrationsarbeiter weitgehend in Importgüter investiert worden sind. Die durch die Oelkrise in den 80er Jahren bewirkte gewaltige Reduzierung der Einkommen der Migrationsarbeiter hat das Staatsdefizit erheblich ansteigen lassen und eine beträchtliche Steigerung der Inflationsrate von 3% im Jahre 1982 auf 40% im Jahre 1986 verursacht. Mitgewirkt hat dabei auch die Dürre der Jahre 1982 bis 1985, die gleichzeitig das Wasserdefizit des Landes beträchtlich ansteigen liessen, so dass in Zukunft jede Entwicklungsanstrengung in allen Bereichen beträchtlich erschwert ist.

Grosse Hoffnungen werden auf die in diesem Jahre begonnene Oelförderung gesetzt, doch wird nicht erwartet, dass das Land bald durch Oel reich wird. Entwicklungshilfeleistungen fremder Staaten dürften deshalb für das Arabische Yemen auch in Zukunft durchaus notwendig bleiben.

1) Demokratische Volksrepublik Yemen

Wie das Arabische Yemen, mit dem seit 1972 eine politische Vereinigung angestrebt wird, gehört das Demokratische Yemen zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt.

Als Erbe aus der englischen Kolonialzeit besteht ein Problem des Landes wohl darin, dass sich die ökonomische Entwicklung fast ausschliesslich auf die Hafenstadt Aden und das sandige und flache Küstengebiet konzentriert hatte und sich immer noch konzentriert. Seit der Unabhängigkeit sind zwar landesweit gewisse elementare Dienstleistungen im Gesundheits- und Erziehungswesen eingeführt, ist eine Basisinfrastruktur geschaffen und ist eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel sichergestellt worden. Gleichwohl sind die gebirgigen, inneren Gebiete des Landes mit ihren geringen und erratischen Regenfällen insgesamt nur wenig entwickelt. Aber auch die Entwicklung Adens, das vor dem Abzug der Engländer als Militärbasis und als grösster Oelumschlagshafen der Welt hohe Einnahmen erbrachte, ist aus verschiedenen Gründen nicht weitergekommen: Zum einen hat Aden auch nach der Wiedereröffnung des Suez-Kanals im Jahre 1973 nicht mehr im entferntesten an seine frühere Bedeutung anknüpfen können. Zum anderen hat fehlendes Investitionskapital den Aufbau eines Industrie- und Gewerbesektors verhindert, so dass die von den Engländern in den 50er Jahren erstellte Raffinerie, sogar nur teilweise ausgenützt, immer noch die grösste Einnahmequelle des Staates bildet. Zudem sind bereits gemachte Anstrengungen immer wieder zunichte gemacht oder zumindest behindert worden; so durch die Dürreperiode Mitte der 70er Jahre und die Ueberschwemmungen zu Beginn der 80er Jahre; so aber auch durch die Führungskämpfe im Januar 1986.

Wie das Arabische Yemen ist deshalb auch das Demokratische Yemen für seine Entwicklung abhängig von den Einkünften seiner Migrationsarbeiter (die vor dem Oelpreiszerfall 50% des Bruttoinlandproduktes ausmachten) sowie der Entwicklungshilfeleistungen anderer Staaten. Auch wenn im bisher rohstoffarmen Land seit 1986 in bescheidenem Umfange Oel gefördert wird und seit einigen Jahren mit Hoffnung auf Erfolg nach Mineralien gesucht wird, dürfte auch das Demokratische Yemen noch lange von dieser Entwicklungshilfe abhängen.

Teil 3:

Die Entwicklungshilfeleistungen der Länder der Region

Kooperationen zwischen den Staaten der Region haben eine lange Tradition. Von signifikanter Bedeutung für diese Studie ist die Kooperation indessen seit dem Ansteigen der Oeleinnahmen, oder in politischen Ereignissen ausgedrückt: Seit dem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 und ganz besonders seit dem Jom Kippur-Krieg im Jahre 1973.

Die folgenden kurzen Ausführungen sollen lediglich den Stellenwert der Kooperationsleistungen aufzeigen, ohne dass dabei im Detail auf die verschiedenen Formen eingegangen wird, unter denen die Beitragsleistungen erfolgen (direkte staatliche Leistungen sowie nationale und regionale Entwicklungsfonds).

1. Die Geberländer und die Grössenordnung ihrer Leistungen

Die Kooperationsleistungen sind von den OPEC-Ländern der Region, d.h. Iran und Irak sowie ganz besonders von den vier Golfländern Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, entsprechend der Entwicklung des Erdölpreises geleistet worden. Einem Anstieg der Oeleinnahmen in den Jahren 1975-80 entsprach eine höhere Kooperationsleistung, während der Zerfall des Oelpreises in den 80er Jahren einen Rückgang der Leistungen zur Folge hatte. Auf die irakischen und iranischen Leistungen hatte selbstverständlich auch der Golfkrieg Auswirkungen.

So haben die vier Länder des Golfes 1977 zwischen 7,9 (Katar) und 17,2% (Kuwait) ihrer Oeleinnahmen für Entwicklungshilfe aufgewendet, was zwischen 5,6 (Saudi-Arabien) und 10,2% (Vereinigte Arabische Emirate) ihrer Bruttosozialprodukte ausmachte. 1985 betrug die Aufwendungen zwar nur noch zwischen 0,4 (Katar) und 9,9% (Saudi-Arabien) der Oeleinnahmen, gleichwohl waren Kuwait mit 3,25%, Saudi-Arabien mit 2,99% und die Vereinigten Arabischen Emirate mit 1,08% der Aufwendungen am Bruttosozialprodukt weiterhin mit Abstand die grössten Geldgeber der Welt (vergl. Annex 5). Vergleichsweise haben die schweizerischen Entwicklungshilfeleistungen im Jahre 1985 lediglich 0,28% des schweizerischen Bruttosozialproduktes ausgemacht.

Vor dem Krieg war der Irak in absoluten Zahlen nach Saudi-Arabien und Kuwait der drittgrösste arabische Geldgeber. Im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt beliefen sich die irakischen Leistungen 1979 und 1980 auf gegen 3%. Die iranischen Leistungen waren im Verhältnis gering (im Jahre 1978 sind sie mit 0,39% am Bruttosozialprodukt angegeben) und sind wohl auch heute lediglich lokal, insbesondere für Leistungen gegenüber Syrien und dem Libanon von Bedeutung.

Die Grössenordnung der Aufwendungen der Geberländer der Region sind auch daran zu messen, dass die vier Golfstaaten im Jahre 1977 zusammen mit Iran und Irak 96% und im Jahr 1985 ohne die beiden letztgenannten Länder sogar 98% der OPEC-Aufwendungen an Entwicklungshilfe erbracht haben. Dabei wurde errechnet, dass diese OPEC-Leistungen zu Beginn der 80er Jahre ca. 30% der öffentlichen Entwicklungsleistungen der gesamten Welt ausmachten.

Der weitere Zerfall des Oelpreises hat die Kooperationsleistungen in den vergangenen beiden Jahren weiter sinken lassen; im Jahre 1987 allein um ca. 1/4. Nach wie vor aber sind Saudi-Arabien mit Leistungen von 3,87% des Bruttosozialproduktes und Kuwait mit 1,37% weltweit die grössten Geldgeber geblieben.

2. Die Empfängerstaaten der Entwicklungshilfeleistungen und die Grössenordnungen der Betreffnisse

Entstanden in erster Linie als Hilfsleistung zugunsten der im Konflikt mit Israel involvierten arabischen Staaten sind die Leistungen sehr bald auch auf andere arabische Staaten innerhalb und ausserhalb der Region sowie auf weitere Staaten ausgedehnt worden. In den Jahren 1981 - 1985 hat sich dabei folgendes Bild ergeben (das auch heute noch zutrifft):

- Ca. 60% der gesamten Hilfsleistungen fliessen in die Länder dieser Studie; fast 2/3 davon erhalten Syrien und Jordanien, und zwar immer noch aufgrund der Resolution, die im November 1978 am Gipfeltreffen der arabischen Staaten in Bagdad verabschiedet worden war. Diese Resolution sah eine jährliche Zahlung von nichtrückzahlbaren Leistungen an die Frontstaaten Israels während der Dauer von 10 Jahren vor. Die ursprünglich auch für Aegypten vorgesehenen Leistungen sind 1979 als Reaktion auf den Camp David Friedensvertrag zwischen Aegypten und Israel eingestellt worden. Nachdem Aegypten wieder als Mitglied in alle arabischen Entwicklungshilfeinstitutionen aufgenommen worden ist, wird es in Zukunft wieder zu den Hauptempfängern von Entwicklungshilfeleistungen gehören. Von dem in der Region verbleibenden restlichen Drittel erhält das Arabische Yemen ca. 30%, Libanon und Bahrein ca. 20%, die Türkei ca. 15%, Oman ca. 8% und das Demokratische Yemen ca. 7%.

- Von den verbleibenden 40% der gesamten Hilfeleistung gehen ca. 1/3 in asiatische und 2/3 in afrikanische Länder. Vom asiatischen Drittel erhält Bangladesh ca. die Hälfte, während der Rest aufgeteilt wird in der Reihenfolge auf Indien, Pakistan, Indonesien, Sri Lanka und Thailand. Von den Leistungen an die afrikanischen Länder geht die Hälfte an Sudan und Marokko; weitere Empfänger von Leistungen sind in der Reihenfolge Algerien, Mauretanien, Somalia, Mali und Djibouti. Leistungen geringen Umfangs gehen auch an latein-amerikanische Länder.

Lediglich der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, dass alle Länder der Studie Empfänger sind von teilweise beträchtlichen Entwicklungshilfeleistungen von ausserhalb der Region. Aus westlichen Ländern fliessen Leistungen in alle Länder der Studie. Die grössten Betreffnisse erhalten Aegypten, das weltweit den 1. Rang einnimmt unter den Leistungsempfängern der OECD-Staaten und den 2. Rang für US-Leistungen sowie Israel, das weltweit am meisten US-Leistungen erhält. Leistungen aus sozialistischen Ländern erhalten insbesondere Aegypten, Syrien und das Demokratische Yemen, aber auch Jordanien, Libanon und das Arabische Yemen.

Teil 4:

Elemente für ein Regionalkonzept der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit

1. Länder und regionale Probleme, die in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit Beachtung finden sollten

Zwei lapidare Feststellungen sollen diesen Absatz einleiten: Zum einen haben alle Länder dieser Studie mit wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen und fertig zu werden; zum anderen gibt es in der Region eine ganze Reihe von grenzüberschreitenden Problemen mit teilweise schwerwiegenden wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Konsequenzen (vergl. insbesondere Teil 1, Ziff. 1).

- a) Aus der Optik des gültigen Schweizerischen Entwicklungshilfegesetzes sind indessen eine ganze Reihe von Ländern zum vornherein von einer Entwicklungszusammenarbeit auszuschliessen. Dabei ist dieser Ausschluss zweifellos auch langfristig gesehen richtig, betrifft es doch Länder, die, in einer gewissen Vereinfachung ausgedrückt, mit ihren Problemen im Grunde selbst fertig werden können oder könnten und die deshalb für ihre Entwicklung nicht oder nicht wesentlich auf fremde Hilfe angewiesen sind oder sein müssten. Ausser Betracht fallen damit alle sechs Länder des Golfkooperationsrates sowie der Irak, Iran und Israel. Alle diese Länder sollen indessen selbstverständlich Empfänger von Hilfe im Falle von Katastrophen bleiben, geleistet als Ausdruck schweizerischer Solidarität mit der von Not betroffenen Bevölkerung.

Ausser Betracht fallen muss aber auch der Libanon, insofern, als eine Entwicklungszusammenarbeit im Sinne eines Wiederaufbaus des Landes gemeint ist. Denn die immer wieder, zwischen je wechselnden Kriegsparteien aufflammenden Kämpfe mit ihren gewaltigen Zerstörungen lassen solche Wiederaufbau-Massnahmen so lange als sinnlos erscheinen, als nicht staatspolitisch klare und von allen Beteiligten akzeptierte Verhältnisse getroffen sind. Gerechtfertigt ist es indessen, dass der Libanon in der Zwischenzeit Empfänger schweizerischer, humanitärer Hilfe bleibt, dabei ist aber zu überlegen, ob mit dieser Hilfe nicht vermehrt vertrauensbildende Massnahmen unterstützt werden könnten, die einen zukünftigen, von allen ethnisch/religiösen Gruppen getragenen Wiederaufbau des Landes erleichtern und fördern würden (vergl. dazu unten Ziff. 1 b, 2).

Was die länderübergreifenden Probleme anbelangt, sind diese so komplex und vor allem politisch so brisant, dass sich alle ausserhalb der direkten Einwirkungsmöglichkeit der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit befinden. Das trifft auch auf das Kurdenproblem zu, für dessen grenzüberschreitende Lösungshilfe die betreffenden Länder aus politischen Gründen ihre Zustimmung wohl kaum geben dürften. Beiträge der Schweiz zur Verbesserung der Lebensbedingungen der von solchen grenzüberschreitenden Problemen betroffenen Bevölkerung, so auch der Kurden, können deshalb nur innerhalb der Staatsgrenzen und dementsprechend mit ausdrücklicher Zustimmung der einzelnen Länder erfolgen (wie dies im Rahmen der schweizerischen Zusammenarbeit mit der Türkei für die Verbesserung der Lebensbedingungen der - kurdischen - Bevölkerung in der Region Lice seit Jahren der Fall ist). Das Gesagte heisst nicht, dass die Schweiz keine Beiträge zur Lösung länderübergreifender Probleme leisten kann oder soll, doch haben sich diese Beiträge auf Gespräche und Debatten in internationalen Gremien sowie auf die Zurverfügungstellung von guten Diensten zu beschränken.

Lediglich der Vollständigkeit halber sei hier festgehalten, dass auch mit den genannten reichen Ländern eine schweizerische Zusammenarbeit durchaus denkbar wäre, wie sie bereits 1975 im Falle Saudi-Arabiens, 1976 im Falle des Iran und 1978 im Falle des Irak diskutiert worden war. Diese hätte jedoch entsprechend der damals gefällten Entscheidung für die reichen Länder gegen volle Bezahlung zu erfolgen, da eine Subventionierung dieser Länder durch die Schweiz ausdrücklich ausgeschlossen worden war. Es besteht keine Notwendigkeit, von dieser Entscheidung abzurücken.

- b) Für die Entwicklungszusammenarbeit in Frage kommen indessen die verbleibenden Länder, wobei es sich rechtfertigt folgende Unterscheidung zu machen:
1. Ganz besondere Beachtung sollten die beiden Länder finden, die wohl zurecht als Problemländer der Zukunft genannt werden:

- die Türkei (mit ihren 51 Mio Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 1'120 US \$ pro Kopf der Bevölkerung; vgl. weitere Details im Anhang 4), für die bereits ein BAWI-Programm läuft (Konsolidierungsabkommen) und in deren Ostteil ein DEH-Programm für die (kurdische) Bevölkerung besteht, dessen Weiterführung und Ausbau sich jedoch rechtfertigt.
- Aegypten (mit seinen 50 Mio Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 730 US \$ pro Kopf der Bevölkerung), für das zwar ein Programm im Rahmen des BAWI läuft, dessen wirtschaftliche und soziale Probleme und dessen politische Bedeutung in der Region indessen ein noch stärkeres Engagement der Schweiz rechtfertigen würde.

2. Besondere Beachtung sollten finden:

- die Arabische Republik Yemen (mit über 8 Mio Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 550 US \$ pro Kopf der Bevölkerung), für die bereits ein DEH-Programm besteht.
- Die Demokratische Volksrepublik Yemen (mit ihren 2 Mio Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 480 US \$ pro Kopf der Bevölkerung), für die bis jetzt keine schweizerischen Leistungen erbracht worden sind, die aber mit weit grösseren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, als die Arabische Republik Yemen.
- (sofern er gegründet wird) der Palästinenserstaat (mit seinen vermutlich gegen 3 Mio Einwohnern), der mit ausserordentlich grossen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen konfrontiert sein wird; ein Engagement der Schweiz könnte dabei ein - wenn auch sehr bescheidener, so doch - bedeutungsvoller Beitrag werden zur definitiven, friedlichen Lösung des wichtigsten Problems der Region.
- der Libanon (mit seinen ca. 3 Mio Einwohnern und einem mit Vorbehalten geschätzten Bruttosozialprodukt von ca. 1'000 US \$ pro Kopf der Bevölkerung) für eine Wiederaufbauarbeit auf der Basis staatspolitisch klarer Verhältnisse (vgl. das oben unter 1a Gesagte) sowie - bis zum Eintreten dieser stabilen Verhältnisse - für gewisse vorbereitende und insbesondere humanitäre Massnahmen.

3. Eine etwas eingeschränktere Beachtung sollten finden:

- Syrien (mit seinen 11 Mio Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 1'880 US \$ pro Kopf der Bevölkerung), mit dem bis jetzt keine Entwicklungszusammenarbeit bestand.

- Jordanien (mit seinen 3,6 Mio Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 1'530 US \$ pro Kopf der Bevölkerung), für das ein Programm im Rahmen des BAWI läuft und mit dem bereits eine, wenn auch zur Zeit reduzierte DEH-Zusammenarbeit besteht.

Auf zwei Aspekte sei indessen noch ausdrücklich hingewiesen: Zum einen ist der Entscheid über die eventuelle Aufnahme oder Ausweitung einer Entwicklungszusammenarbeit selbstverständlich auch von den entsprechenden Ländern abhängig. Dabei ist es durchaus offen (und bedarf einer Abklärung), ob und wie weit auch die Regierungen der neu vorgeschlagenen Länder einer Entwicklungszusammenarbeit entsprechend den schweizerischen Kriterien zustimmen würden. Zum anderen sollte der Entscheid über Aufnahme (und Weiterführung) einer Entwicklungszusammenarbeit schweizerischerseits auch weiterhin richtigerweise wesentlich von der Achtung abhängen, die die Regierungen dieser Staaten den Menschenrechten schenken. Es ist deshalb nur richtig, dass dieser Frage vor der Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch während der Arbeit selbst, grösste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dabei zeigt es sich, dass die Menschenrechte in Jordanien und im Arabischen Yemen sowie etwas eingeschränkter in Aegypten recht gut respektiert werden; im Demokratischen Yemen scheint sich die Lage nach der Erruption im Januar 1986 wieder normalisiert zu haben; hingegen geben die Berücksichtigung oder eben teilweise Nichtberücksichtigung der Menschenrechte in der Türkei und in Syrien auch weiterhin Anlass zur Sorge.

2. Szenarien für eine Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern, die schweizerischerseits künftig Beachtung finden sollten

Auf der Grundlage der in Teil 2 aufgezeigten Probleme sollen im folgenden für die oben unter 1b genannten Länder Szenarien für eine künftige neue oder fortdauernde schweizerische Intervention skizziert werden. Dass dies unter Berücksichtigung der Kriterien der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit geschehen soll, versteht sich von selbst, doch soll dabei auch versucht werden, aus den identifizierten und identifizierbaren Problemen in den einzelnen Ländern diejenigen herauszugreifen, zu deren Lösung die Schweiz tatsächlich etwas bieten kann. Auch soll versucht werden, in anderen Ländern und Kontinenten gemachte schweizerische Erfahrungen in diesen Ländern einzubringen. Und schliesslich soll Flexibilität gelten betreffend die Trägerschaft des schweizerischen Engagements.

a) Länder, die eine ganz besondere Beachtung finden sollten

1. Die Türkei

Gründe für die Beachtung:

- Ein vorrangiger Grund besteht darin, dass ein verstärktes schweizerisches Engagement möglicherweise einen, wenn auch äusserst kleinen, Beitrag darstellen könnte, um den in naher Zukunft noch gewaltig ansteigenden Migrationsdruck auf die Länder Westeuropas und

damit auch auf die Schweiz langfristig zu entschärfen. Gleichzeitig könnte es ein Beitrag zur Verminderung der Gefahr sein, dass in der Schweiz eine Lösung des Problems des Migrationsdruckes mit nicht dafür geschaffenen fremdenpolizeilichen (asylrechtlichen) Massnahmen versucht werden muss.

- Innerhalb der Türkei könnte ein verstärktes schweizerisches Engagement einen Beitrag leisten für eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung der benachteiligten Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der vernachlässigten Minderheiten, insbesondere im Ostteil des Landes.
- Und schliesslich könnte ein solches Engagement einen Beitrag darstellen zur langfristigen Wiederherstellung des stark gefährdeten und teilweise zerstörten ökologischen Gleichgewichtes im Ostteil des Landes.

Geographische Lokalisierung der Interventionen

Interventionen der schweizerischen Wirtschaft (insbesondere Massnahmen des BAWI) dürften wohl in erster Linie auf die westliche Türkei ausgerichtet sein. Demgegenüber sollten sich die Aktivitäten der DEH auf den Ostteil des Landes konzentrieren.

Interventionsbereiche und - Sektoren

- Zur Zeit läuft unter der Verantwortung des BAWI noch das Konsolidierungsabkommen. Doch erscheinen weitere Massnahmen des BAWI zur Stützung und Förderung der Wirtschafts des Landes als durchaus gerechtfertigt.
- Im Rahmen des DEH-Programmes wird gegenwärtig die seit 1976 laufende Zusammenarbeit mit der Development Foundation of Turkey (DFT) für eine multisektorielle ländliche Entwicklung in der Region Kayseri und Diyarbakir/Lice weitergeführt und verstärkt.
- Eine Intensivierung erfahren sollten auch die Anstrengungen auf dem Gebiete der Hydrogeologie (Weiterführung der limitierten Zusammenarbeit zwischen der ETH Zürich und der technischen Universität Istanbul im Bereich Ingenieurgeologie/Hydrogeologie sowie Aufbau einer Grundwasserprospektionsabteilung innerhalb der DFT verbunden mit einem eventuellen Bohrprogramm); dabei sollten Aktivitäten in diesem Bereiche eingebettet werden in ein Rahmenprogramm (Soil and Water-conservation) zur langfristigen Stabilisierung des ökologischen Gleichgewichtes. Verstärkt werden könnten und sollten die Anstrengungen aber auch auf dem

Gebiete der Berufsbildung, da nicht zuletzt die riesigen Infrastrukturvorhaben in der Türkei (z.Bsp. Bewässerungs-Grossprojekte) neue Verdienstmöglichkeiten eröffnen dürften. Und schliesslich sollte für die Identifizierung möglicher weiterer Aktivitäten auch der aus den traditionellen Kontakten und der teilweise langjährigen Zusammenarbeit zwischen schweizerischen und türkischen Institutionen stammende reiche Erfahrungsschatz genutzt werden (z.Bsp. hat die Türkei bekanntlicherweise als einziges Land der Welt das Schweizerische Zivilgesetzbuch übernommen).

Interventionsträger

Es dürfte im wesentlichen bei den bisherigen Interventionsträgern BAWI, DEH, DFT, ETHZ bleiben. Es ist indessen zu versuchen, durch die Nutzbarmachung des aus den traditionellen schweizerisch-türkischen Kontakten stammenden Erfahrungsschatzes den Kreis möglicher Interventionsträger zu vergrössern.

2. Aegypten

Gründe für die Beachtung

- Wie im Falle der Türkei könnte ein Engagement der Schweiz auch hier idealerweise einen, wenn auch wiederum nur ganz kleinen, Beitrag darstellen zur langfristigen Entschärfung eines in Zukunft befürchteten/erwarteten gewaltigen Migrationsdruckes aus diesem Armenhaus des Mittelmeerraumes (dessen Bevölkerung sich alle 9 Monate um ca. 1 Million vergrössert) auf die Länder Westeuropas und damit auch auf die Schweiz.
- Aegypten mit seinen 50 Millionen Einwohnern erhält zwar recht grosse ausländische Hilfe (etwa gleichviel wie Israel mit seinen 4 Millionen Einwohnern) und es arbeiten viele internationale, nationale und private Entwicklungshilfsorganisationen im Lande. Zudem ist es gerade in diesem Land, das längst überall an Grenzen gestossen ist und in dem es nur überdimensionierte Probleme gibt, nicht einfach, Bereiche für sinnvolle und fruchtbare Leistungen zu identifizieren. Gleichwohl oder gerade deshalb wären schweizerische Leistungen, die, wenn auch einen bescheidenen, so doch nachhaltigen Nutzen erbringen könnten und über das bloss Verschieben von Rückzahlungsterminen (Umschuldungsabkommen) hinaus gehen, gerechtfertigt und notwendig.

- Und schliesslich rechtfertigt auch die Bedeutung, die Aegypten im gesamten arabischen Raum zukommt, ein stärkeres Engagement der Schweiz.

Geographische Lokalisierung der Interventionen

Eine Beschränkung ergibt sich aus der Bewohnbarkeit des Landes, doch dürfte sich für die DEH ein Schwerpunkt im landwirtschaftlich nutzbaren Gebiet, insbesondere Ober-Aegyptens ergeben.

Interventionsbereiche und -Sektoren

- Zur Zeit laufen unter der Verantwortung des BAWI noch der zweite Mischkredit und das Umschuldungsabkommen. Auch hier erscheinen indessen weitere Massnahmen des BAWI zur Stützung und Förderung der aegyptischen Wirtschaft durchaus gerechtfertigt.
- Einem Bedürfnis entsprechend, notwendig und mit relativ wenig finanziellem Aufwand zu verwirklichen wären Aktivitäten im land- und forstwirtschaftlichen Bereich, wie z.Bsp. in der Wüstenentwicklung sowie der Dünenstabilisierung durch Bepflanzung. Gerade in diesen Bereichen könnten offensichtlich in der Schweiz bestehende Erfahrungen nutzbar gemacht werden; solche bestehen nicht zuletzt in der Selektionierung von mineralresistenten Pflanzen.

(Die gleichen oder ähnlichen Bedürfnisse bestehen ausgeprägt ebenfalls in Jordanien und Syrien, so dass sich die Erfahrungen dort ebenfalls anwenden liessen.)

- Ebenfalls einem Bedürfnis entsprechend, aber mit grösserem finanziellem Aufwand verbunden, wären Aktivitäten im landwirtschaftlichen Bereich, die (nach entsprechend eingehender Abklärung und Aufarbeitung der bisher gemachten Erfahrungen) versuchen würden:
 - Eine Qualitätsverbesserung an den bestehenden Früchten vorzunehmen oder den traditionellen Anbau von Baumwolle teilweise mit dem Anbau anderer saisonaler Früchte zu ersetzen. (Schwierigkeiten bieten dürften hierbei das Marktsystem für den Absatz im In- und noch weit verstärkter für den Absatz im Ausland, da dies den Aufbau einer Infrastruktur vor Ort sowie eines Export-Know-hows erfordern würde.)
 - Eine Verbesserung der Vermarktung der Baumwolle durch die Schaffung von Marketingstrategien zu erzielen, da der Rohstoff Baumwolle ohne gezielte Verarbeitung/Vermarktung nichts wert ist (am gleichen Problem leidet auch Syrien).

- Einem Bedürfnis entsprechend, notwendig, aber mit sehr grossem finanziellem Aufwand verbunden, wären schliesslich Aktivitäten in verschiedenen Umwelt-Bereichen, insbesondere in den Bereichen:
 - Abwassersanierung in kleineren Agglomerationen Aegyptens;
 - Nutzbarmachung von Solar- und Windenergien in klar definiertem eng begrenzten Rahmen.
- Lediglich der Vollständigkeit halber sei hier auf einige Interventionsbereiche hingewiesen, in denen die Schweiz allenfalls im Rahmen internationaler Kooperation einen Beitrag leisten könnte (da die Bereiche für die Schweiz allein zu gross wären):
 - Beitrag zur Lösung der versalzten landwirtschaftlichen Böden;
 - Beitrag zur Altstadtanierung insbesondere von Kairo (wo wegen des eingependelten hohen Grundwasserspiegels die Häuser einzustürzen drohen) verbunden mit Handwerker- und Ausbildung (dem Beispiel von Sanaa folgend);
 - Beitrag zur Umweltsanierung, z.Bsp. Abwassersanierung in den grossen Städten insbesondere in Kairo, etc.

Interventionsträger

Als Interventionsträger in Frage kommen könnten das BAWI und die DEH selbst. Insbesondere für die Umwelt-Bereiche könnte zusätzlich eine ganze Reihe von Firmen der schweizerischen Privatwirtschaft mit teilweise sehr grossen Erfahrungen in ihren jeweiligen Spezialgebieten in Frage kommen.

b) Länder, die eine besondere Beachtung finden sollten

1. Die Arabische Republik Yemen

Gründe für die Beachtung

- Die DEH hat ihr Yemen-Programm erst kürzlich nach eingehender Diskussion umstrukturiert und auf eine recht intensive Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen festgelegt.

- Langfristig dürfte indessen eine gewisse Reduktion der schweizerischen Interventionsleistungen gerechtfertigt sein. Zum einen haben die seit geraumer Zeit fliessenden, grossen Entwicklungshilfeleistungen aus aller Welt eine recht gute Infrastruktur geschaffen, auf der das Land verstärkt selbst weiter aufbauen kann. Zum anderen hat das Land im Unterschied zu allen anderen Ländern der Studie den Vorteil, dass seine Bevölkerung eine alte, handwerklich hohe Bildungsstruktur aufweist und dass es eine alte landwirtschaftlich hochstehende Kultur besitzt. Der Versuch dürfte sich deshalb lohnen, die beiden, in der Zwischenzeit etwas vergammelten Vorteile mit etwas dosierteren dafür aber gezielten Interventionsleistungen wieder vermehrt nutzbar zu machen.

Geographische Lokalisierung der Intervention

Speziell ausgewählte Gebiete.

Interventionsbereiche und -Sektoren

- Die drei zur Zeit laufenden DEH-Zusammenarbeitsprogramme sind planmässig weiterzuführen und abzuschliessen. Es sind dies die Programme zur Verbesserung der Brennholzversorgung (zusammen mit der FAO), für den Wiederaufbau der erdbebengeschädigten Region Dhamar (zusammen mit UNICEF) sowie zur Entwicklung des südlichen Teiles des Landes im "Southern Rural Agricultural Development Project" (zusammen mit IDA).
- Die DEH sollte sich auch beteiligen an der Finanzierung eines gegenwärtig in Abklärung befindlichen UNDP/ILO Entwicklungsprojektes im Rahmen der Altstadtsanierung von Sanaa (Förderung bzw. Revitalisierung des alten Kunsthandwerkes oder Ausbildung von Bauhandwerkern für die Restaurierungsarbeiten) im Sinne einer Verstärkung/Erneuerung der traditionell hochstehenden yemenitischen Handwerkerkultur.
- Beachtung könnte im Rahmen der Altstadtsanierung auch dem Abwasser geschenkt werden, das wegen der fehlenden Entsorgung die Gebäude ruiniert (dieser Bereich könnte auch in die Ausbildung der Bauhandwerker aufgenommen werden).
- Rechtfertigen würde sich auch die Abklärung, ob eine bessere Marketing-Strategie für den Verkauf von Kaffee (des uralten yemenitischen Produktes) eine Verbesserung im ökologisch sensiblen, landwirtschaftlichen Bereich (Terrassen-Kultur) mit sich bringen könnte.

Interventionsträger

Auch weiterhin dürften in erster Linie multilaterale Organisationen Träger von schweizerischen Interventionen sein. Doch dürfte die Durchführung allfälliger weiterer multi-bilateraler Aktivitäten (z.Bsp. Stadtsanierung Sanaa) die bisherige Zahl der Interventionsträger erhöhen.

2. Demokratische Volksrepublik YemenGründe für die Beachtung

- Das Demokratische Yemen hat mit ungleich grösseren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen als das Arabische Yemen, ist aber im Verhältnis zum Arabischen Yemen Empfänger nur kleiner, vorwiegend aus sozialistischen Ländern stammenden Entwicklungshilfeleistungen. Selbstverständlich ist nicht zu übersehen, dass das Land von einer Partei regiert wird, die ihre eigenen Machtkämpfe noch nicht abgeschlossen hat, die nicht zuletzt aus diesem Grunde wohl eher auf Bewahrung des Status quo bedacht ist und deshalb auch eher zurückhaltend gegenüber fremden Einflüssen sein dürfte.
- Im Sinne einer ausgewogeneren Aequidistanz dürften sich schweizerische Leistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durchaus rechtfertigen.

Geographische Lokalisierung der Interventionen

Das Hauptaugenmerk sollte sich auf das Hinterland von Aden richten.

Interventionsbereiche und -Sektoren

Zumindest in der Anfangsphase der Entwicklungszusammenarbeit sollten und könnten sich mögliche Aktivitäten der Schweiz durchaus auf die eher traditionellen Interventionsbereiche konzentrieren.

- Einem vordringlichen Bedürfnis zu entsprechen und notwendig erscheinen insbesondere Aktivitäten, die eine Verbesserung in der Landwirtschaft (Trockenlandwirtschaft als Subsistenzlandwirtschaft) bringen könnten, wie z.Bsp. durch eine Verbesserung des Saatgutes.
- Vordringlich und notwendig erscheinen aber auch Aktivitäten, die auf eine Verbesserung der bzw. den Aufbau einer einfachen aber bedürfnisgerechten Kommunikationsstruktur zielen.

Interventionsträger

Als Träger in Frage kommen dürften wohl wie im Arabischen Yemen multilaterale Organisationen, die Raum für eine multi-bilaterale Zusammenarbeit der Schweiz bieten könnten. Denkbar wäre indessen auch hier der Einbezug von im Kommunikationsbereich spezialisierten Firmen der schweizerischen Privatwirtschaft.

3. (Sofern er gegründet wird) Der PalästinenserstaatGründe für die Beachtung

- Es ist zwar damit zu rechnen, dass ein zukünftiger Staat der Palästinenser, wenn er einmal wirklich zu existieren beginnen sollte, mit grossen Geldbeträgen vor allem von den arabischen aber auch von den OECD und den COMECON-Ländern überschwemmt werden wird. Und man kann davon ausgehen, dass dem Staat ein recht hoher Prozentsatz der zur Zeit in alle Welt zerstreuten palästinensischen Bildungselite zur Verfügung stehen wird, was bereits den Start des Staates und dann vor allem die zukünftige Administration erleichtern dürfte.
- Gleichwohl erscheint es gerechtfertigt, dass sich auch die Schweiz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu Beginn der Existenz des Staates engagiert und dass sie bereits jetzt mit bestimmten, gezielten Massnahmen Vorbereitungen mitzutragen hilft, die den Start des Staates erleichtern könnten. Dies als Beitrag zu einer möglichst raschen, definitiven, friedlichen Lösung des Palästinenser Problems sowie als Beitrag zur Lösung der vor allem zu Beginn der Existenz des Staates erwarteten, gravierenden Probleme.

Geographische Lokalisierung der Interventionen

(sofern sie einmal definiert sind) Innerhalb der Grenzen des Palästinenserstaates; Vorbereitungsmaßnahmen haben unter Berücksichtigung der jeweils existierenden Ordnungsstruktur (z.Bsp. UNRWA-System) dort zu erfolgen, wo sie notwendig erscheinen.

Interventionsbereiche und -Sektoren

- Selbstverständlich sind die Bedürfnisse zusammen mit den zukünftigen Mandatsträgern des Landes im entsprechenden Zeitpunkt festzustellen, doch dürften beim Start des Staates folgende Bereiche für eine schweizerische Kooperation im Vordergrund stehen:
 - Land- (insbesondere Regenfeldbau) und Forstwirtschaft sowie Milchwirtschaft und Milchverarbeitung: Alles Bereiche, die von den israelischen Militärbehörden völlig vernachlässigt werden, die aber für die Ernährung der zu erwartenden riesigen Bevölkerung des Staates von entscheidender Bedeutung sein werden;

- Kommunikationswesen: Der Aufbau einer wirklich funktionierenden Kommunikationsstruktur entsprechend den neusten technischen Entwicklungen wird für den Staat lebensnotwendig sein;
 - Für den Staat ohne eigene Ressourcen und mit beschränktem Wasservorkommen dürfte der Nutzbarmachung insbesondere von Solar- und Windenergie eine zentrale Bedeutung zukommen; auch der Abwassersanierung müsste von allem Anfang an grösste Bedeutung geschenkt werden.
- Nicht an das zukünftige Staatsterritorium gebundene Vorbereitungsmaßnahmen mit schweizerischer Kooperation zur Erleichterung des Startes des zukünftigen Staates sollten insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung (insbesondere Berufsbildung) liegen.

Interventionsträger

Für die Starthilfe kommen neben der DEH selbst andere spezialisierte Bundesämter sowie Universitätsinstitute, aber auch spezialisierte Firmen der schweizerischen Privatwirtschaft in Frage. Die Federführung für die Zusammenarbeit in Vorbereitungsmaßnahmen hat innerhalb der DEH die Humanitäre Hilfe zu übernehmen.

4. Der Spezialfall Libanon

Wie bereits ausgeführt (vergleiche Teil 4, Ziff. 1a) drängen sich für den Libanon zwei Szenarien auf:

a) Das Szenario des Wiederaufbaus

In welcher Form und Ausgestaltung der Staat Libanon auch immer weiter existieren mag, muss eine Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Wiederaufbaus staatspolitisch klare und stabile Verhältnisse voraussetzen. Nicht nur ist diese Voraussetzung zur Zeit nicht gegeben, sondern es verschlechtern sich auch die Aussichten auf ihre baldige Erfüllung dramatisch. Die Skizzierung des Szenarios ist deshalb zwar nicht zu vergessen, kann aber auf später verschoben werden.

b) Das Szenario für die Zwischenzeit

Zwar wären theoretisch auch hier wie im Falle des künftigen Palästinenserstaates gewisse Vorbereitungsmaßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaus möglich und wohl auch notwendig. Im Gegensatz zum Palästinenserstaat sollte von solchen Massnahmen indessen wohl eher abgesehen werden, richten sie sich doch im Normalfall nur an eine der ethnisch/religiösen Gruppen (im Falle der Schweiz wohl immer an Christen) und verschlechtern somit die Chancen des Libanon auf eine Einigung.

Unter diesen Umständen wird sich die Schweiz wohl darauf beschränken müssen, unter der Federführung der Humanitären Hilfe Not lindern zu helfen und zwar überall dort, wo solche auftritt. Gleichwohl sollten indessen nach Möglichkeit Aktionen den Vorrang haben, die im Hinblick auf eine Befriedung des Landes vertrauensbildenden Charakter haben können, wie z.Bsp. Nachbarschaftshilfen für die verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppen, Gesundheitsfürsorge für Bedürftige, Alte und Kranke aller Gruppierungen, Rehabilitierungshilfe für Drogenabhängige, etc.

c) Länder, die eine eingeschränktere Beachtung finden sollten

1. Syrien

Gründe für die Beachtung

- Zwischen der Schweiz und Syrien hat bis heute keine Entwicklungszusammenarbeit bestanden. Ein Engagement der Schweiz wäre nicht nur aus Aequidistanzgründen gerechtfertigt, sondern könnte zudem einen Beitrag leisten zur Schaffung von (guten) Beziehungen zu dem für eine Lösung der Palästina- sowie der Libanonfrage wichtigsten Staat der Region.
- Ein schweizerisches Engagement könnte indessen auch einen Beitrag darstellen zur Lösung schon bestehender oder neu entstehender, gravierender Probleme des Landes.

Geographische Lokalisierung der Interventionen

Eine Schwergewichtsverteilung dürfte sich entsprechend den Interventionsbereichen ergeben.

Interventionsbereiche und -Sektoren

Als durchaus möglich erscheinen Aktionen in den folgenden Bereichen:

- Land- und Forstwirtschaft: (vgl. dazu die Ausführungen unter Aegypten betreffend Wüstenentwicklung und Dünenstabilisierung sowie Vermarktung der Baumwolle).
- Umweltfragen: Vor allem in den Bereichen Gewässerschutz und Luftqualität scheint in Syrien ein immenser Nachholbedarf zu bestehen.
- Kleingewerbe: Erhaltung und Förderung des Kleingewerbes durch eine Reihe von Massnahmen inklusive Vocational Training.

Interventionsträger

Auch hier kämen neben der DEH insbesondere andere Bundesämter (vergl. Aegypten) sowie Firmen der schweizerischen Privatwirtschaft mit einschlägiger Erfahrung zum Zug.

2. Jordanien

Gründe für die Beachtung

Jordaniens Wirtschaft ist wenig diversifiziert und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist von ausländischen Einflüssen äusserst abhängig. Die erwartete Entwicklung der Ereignisse im Nahen Osten (insbesondere die Abtrennung von Cis-Jordanien) dürfte die Schwierigkeiten zusätzlich wesentlich akzentuieren. Es erscheint deshalb durchaus gerechtfertigt, dass die Schweiz ihr Engagement mittelfristig weiterführt, es aber angesichts des hohen Bildungsniveaus und Know-hows der jordanischen Partnerinstitutionen auf ausgewählte Spezialbereiche beschränkt.

Geographische Lokalisierung der Interventionen

Sie haben zu erfolgen entsprechend den ausgewählten Spezialbereichen.

Interventionsbereiche und -Sektoren

- Zur Zeit läuft unter der Verantwortung des BAWI noch das Abkommen über den Mischkredit. Auch längerfristig erscheinen indessen weitere Massnahmen des BAWI zur Stützung und Förderung der jordanischen Wirtschaft in ausgewählten Spezialbereichen als durchaus gerechtfertigt.
- Im Rahmen der DEH wird gegenwärtig eine spezialisierte Fortsetzung der seit 1976 laufenden Zusammenarbeit zwischen der Royal Scientific Society Amann und der EMPA St. Gallen (als Regieträger der DEH) zum Aufbau der Bereiche Maschinenbau und Industriechemie sowie Materialprüfung vorbereitet.
- Es erscheint als durchaus richtig, die Technische Zusammenarbeit auch in anderen ausgewählten, für die Entwicklung des Landes bedeutungsvollen Gebieten weiterzuführen, wie z.Bsp. der Solartechnik und Windenergie, der Meerwasserentsalzung und der Bewässerung sowie in spezialisierten medizinischen Bereichen (z.Bsp. Logopädie).
- Auch in den Bereichen Wüstenentwicklung und Dünenstabilisierung sind zusätzliche schweizerische Aktivitätsmöglichkeiten abzuklären (vergl. Szenario Aegypten).

Interventionsträger

In Frage kommen dürfte wie bisher die EMPA St. Gallen, doch zusätzlich auch andere Bundesämter sowie allenfalls Universitätsinstitute und spezialisierte Firmen der schweizerischen Privatwirtschaft mit entsprechender einschlägiger Erfahrung.

3. Finanzieller Rahmen und organisatorische Struktur für die Verwirklichung eines DEH-Regionalkonzeptes

Die Intensivierung der Aktivitäten der schweizerischen Entwicklungshilfe in den Ländern der Region wird für die DEH, vor allem in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Finanzhilfe, finanzielle und organisatorische Konsequenzen haben.

a) Der finanzielle Rahmen

Die DEH-Verpflichtungen für die bestehenden Projekte der Technischen Zusammenarbeit/Finanzhilfe belaufen sich für die Jahre 1989 bis 94 voraussichtlich auf insgesamt ca. SFr. 22 Mio. im Detail sieht das wie folgt aus:

- Für die immer noch laufenden Projekte in Aegypten (UNDP) und die Besetzten Gebieten (CARITAS Kinderspital) sind die Verpflichtungen eingelöst;
- Für Jordanien bestehen Verpflichtungen für das Logopädieprojekt (1989 - 91) von SFr. 303'000.--;
- Neue, noch nicht gesprochene Verpflichtungen gegenüber der Royal Scientific Society dürften sich für zwei Jahre auf ca. SFr. 1 Mio. belaufen;
- Für die Türkei bestehen Verpflichtungen für eine neue Phase des Lice-Projektes (1989 - 91) von SFr. 4'868'000.--;
- Für die Arabische Republik Yemén bestehen Verpflichtungen für das multilateralere FAO-Brennholzprojekt (1987 - 90) von SFr. 3,1 Mio., für das multilaterale IDA-SRADP (1987 - 94) von SFr. 10 Mio, sowie für das multilaterale UNICEF-Dhamar Projekt (1985 - 89) von noch ausstehenden Sfr. 460'000.--.
- Für ein neues, noch nicht gesprochenes eventuell zweijähriges Sanaa-Stadtsanierungsprojekt dürften sich die Verpflichtungen auf ca. SFr. 2 Mio. belaufen.

Bei einer Intensivierung der DEH-Aktivitäten entsprechend den Maximal-Szenarien könnten sich die Aufwendungen der Technischen Zusammenarbeit/Finanzhilfe im Laufe der nächsten Jahre schrittweise verdoppeln.

Die Aufwendungen der Humanitären Hilfe dürften sich ohne Schwierigkeiten in den Grössenordnungen der letzten Jahre bewegen, d.h. für alle Länder zusammen ca. SFr. 18 Mio. betragen.

Für die Stipendienleistungen dürften ebenfalls weiterhin mit jährlichen Aufwendungen von insgesamt ca. SFr. 600'000.-- (je hälftig DEH und EDI) gerechnet werden.

b) Personal und Organisation

Die zur Zeit in fünf Ländern der Region laufenden Projekte der Technischen Zusammenarbeit/Finanzhilfe werden in der DEH-Zentrale von sechs Mitarbeitern aus zwei geographischen Sektionen und je einem Mitarbeiter von den Sektionen Finanzhilfe und multilaterale Angelegenheiten betreut. Bei dieser Sachlage wären mit der Annahme eines Regionalkonzeptes für den Mittleren Osten folgende Konsequenzen kaum zu umgehen:

Kurzfristig müsste zum einen mindestens eine Koordination zwischen den für die verschiedenen Länder zuständigen geographischen Sektionen stattfinden. Zum anderen müsste, um ein intensiviertes Beschäftigen mit der Region zu ermöglichen, das Personal an der Zentrale verstärkt werden.

Langfristig müsste es sich wohl aufdrängen, über die Schaffung einer neuen DEH-Sektion (Mittel-Ost/Nordafrika/Europa?), sowie über die Eröffnung eines allfällig notwendigen Kobüs zu entscheiden.

Quellennachweis

- Exportmärkte der Schweiz, Schweizerische Zentralstelle für Handelsförderung, Zürich/Lausanne 1988
- The Economics of the Arab World, Yusif A. Sayigh, London 1978 (Volume 1)
- The Determinants of Arab Economic Development, Yarif A. Sayigh, London 1978 (Volume 2)
- International Migration and Development in the Arab Region, J.S. Birks and C.A. Sinclair, ILO, Geneva 1980
- Amnesty International, Jahresberichte
- The Middle East and North Africa, Thirty-fourth edition of an annual survey, London 1988
- Middle East and North Africa, Economic Intelligence Unit, Oxford Press, London 1960
- The Middle East, Sociology of developing societies, Tatal Asad and Roger Owen, London 1983
- UNDP-Länderprogramme 1987 - 91
- Berichte des UNCTAD Sekretariates über die Entwicklungshilfe der OPEC-Staaten (Solidarité financière et développement, 1986 betr. 1977 - 1983 und Financial solidarity for development, 1988 betreffend 1981 - 1985)
- Geographical distribution of financial flows to developing countries, OECD, Paris 1988

Leistungen der Schweiz zugunsten von
A e g y p t e n

1) <u>DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe)</u>		(1962 - 88)		
<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
Sozialzentrum Boulac	HEKS/Enfants du Monde	1968	1984	421'000.--
Freiwilligeneinsatz	Schweiz. Evangelische Nilland-Mission	1972	1973	15'375.--
Planung Suezkanalzone	DEH/UNDP	1976	laufend	<u>1'300'000.--</u>
			Total	<u>1'736'375.--</u> =====

2) <u>Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH</u>		(1969 - Juli 89)		<u>Leistung</u>
Humanitäre Hilfe:	1969 - 83			1'585'000.--
	1984 - 89			476'000.--
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83			894'000.--
	1984 - 89			2'876'000.--
	(davon 2'813'000.-- über WEP)			
SKH:	1969 - 83			47'000.--
	1984 - 89			-.--
			Total	<u>5'878'000.--</u> =====

3) <u>Stipendien (1961 - 87)</u>		<u>Stipendiaten</u>	<u>Leistung</u>
Hochschulstipendien:		14	SFr. 400'000.--
Bourses DEH:		62	SFr. <u>170'000.--</u>
			Total 570'000.-- =====

4) BAWI

Mischkredite:

- Rahmenkredit I: Unterschrift 20/3/79; 60 Mio (Bund 15 Mio)
 voll engagiert
- Rahmenkredit II: Unterschrift 10/7/84; 90 Mio (Bund 30 Mio)
- Umschuldungsabkommen: Unterschrift 30/6/88; 425 Mio

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	291,3 Mio
Anteil Gesamtausfuhren		0,43 %
Marktbedeutung (Rangstelle)		33.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhren total	SFr.	27,0 Mio
Anteil Gesamteinfuhren		0,04 %

Leistungen der Schweiz zugunsten von

I r a k1) DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe) (1962 - 88)

<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
Kleinprojekte der Botschaft	DEH/Botschaft	1970	1975	50'000.-- (benutzt nur 11'150.--)
			Total	11'150.-- =====

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)a) Nur für den IrakLeistung

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	40'000.--
	1984 - 89	-.--
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	95'000.--
	1984 - 89	-.--
SKH:	1969 - 83	-.--
	1984 - 89	-.--
	Total	135'000.-- =====

b) Für den Irak und den Iran (Golfkrieg)

Humanitäre Hilfe:	1984 - 89	10'200'000.-- =====
	(davon: 10'000'000.-- über IKRK 200'000.-- über HCR)	

3) Stipendien (1961 - 87)StipendiatenLeistung

Hochschulstipendien:	4	80'000.--
Bourses DEH:	25	65'000.--
	Total	145'000.-- =====

4) BAWI

keine offiziellen Leistungen vor Krieg
Vermittlung von Kontakten zu Schweiz.
Privat-Wirtschaft SIDI-Kontakte

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	169,0 Mio
Anteil Gesamtausfuhren		0,25 %
Marktbedeutung (Rangstelle)		48.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr.	1,1 Mio
-------------------	------	---------

Leistungen der Schweiz zugunsten von
I r a n

1) DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe) (1962 - 88)

<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
- Berufsschule f. Gehörlose	DEH	1964	1966	19'500.--
- Partnerschaft, ETH-Techn. Hochschule Teheran	DEH/ETH	1964	1964	1'040.--
- Geological Survey in Iran	DEH/ETH	1963	1973	268'000.--
- Forschung in Hydrologie	DEH/ETH	1970	1971	8'000.--
- CH UN-Freiwilliger für Tourismus-Förderung	DEH/UNDP	1972	1973	12'000.--
- Naturschutzreservate	DEH/WWF/ Oberforstinspektorat	1971	1976	26'000.--
- CH UN-Freiwilliger für FAO Projekt		1973	1975	18'000.--
			Total	342'590.-- =====

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)

a) Nur für den Iran

Leistung

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	1'277'000.--
	1984 - 89	2'316'000.--
(voller Betrag von 2'316'000.-- über HCR)		
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	784'000.--
	1984 - 89	1'769'000.--
	(davon 778'000.-- über HCR 991'000.-- über WEP)	
SKH:	1969 - 83	-.--
	1984 - 89	1'131'000.--
	Total	7'277'000.-- =====

b) Für den Irak und den Iran (Golfkrieg)

Humanitäre Hilfe:	1984 - 89	10'200'000.-- =====
	(davon: 10'000'000.-- über IKRK 200'000.-- über HCR)	

- 2 -

3) <u>Stipendien</u> (1961 - 87)	<u>Stipendiaten</u>	<u>Leistung</u>
Hochschulstipendien:	44	1'500'000.--
Bourses DEH:	82	220'000.--
		<u>1'720'000.--</u>
		=====

4) BAWI

Vor dem Krieg Vermittlung von Kontakten zu
schweizerischer Privat-Wirtschaft

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	420,0 Mio
Anteil Gesamtausfuhren		0,63 %
Marktbedeutung (Rangstelle)		26.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr.	87,4 Mio
Anteil Gesamteinfuhren		0,12 %

Leistungen der Schweiz zugunsten von
Israel + besetzte Gebiete

1) DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe) (1962 - 88)

<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
a) <u>Israel</u>				
Gewerkschaftsbund Histadrut (Berufsschule) Beitrag	DEH	1977	1980	650'000.--
b) <u>Besetzte Gebiete</u>				
- Landwirtschaftsschule Beit Hanoun, Gaza	DEH/UNRWA	1963	1966	275'000.--
- Bethlehem University Mitfinanzierung	DEH (Association en faveur de la Bethlehem Univ.)	1980	1987	725'000.--
- Caritas Kinderhilfe Bethlehem, Mitfinanzierung	DEH/Caritas Kinderhilfe Bethlehem	1976	laufend	370'000.--
Total				2'020'000.-- =====

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	3'434'000.--
	1984 - 89	3'032'000.--
	(davon 600'000.-- über IKRK)	
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	5'357'000.--
	1984 - 89	17'873'000.--
	(davon 14'963'000.-- über UNRWA)	
SKH:	1969 - 83	-.--
	1984 - 89	-.--
Total		29'696'000.-- =====

<u>Stipendien (an Israel)</u> (1961 - 87)	<u>Stipendiaten</u>	<u>Leistung</u>
Hochschulstipendien:	16	600'000.--
Bourses DEH:	23	65'000.--
Total		665'000.-- =====

4) BAWI

keine Leistungen der off. Schweiz

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	749,3 Mio
Anteil Gesamtausfuhren		1,12 %
Marktbedeutung (Rangstelle)		14.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr.	239,6 Mio
Anteil Gesamteinfuhren		0,32 %

Leistungen der Schweiz zugunsten von

J o r d a n i e n

1) <u>DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe)</u> (1962 - 88)				
<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
- Berufsschule UNRWA Wadi Seer, Beitrag	DEH/UNRWA	1962	1964	504'000.--
- Kleinkredite Botschaft	DEH/Botschaft	1975	1977	50'000.--
- Royal Scientific Society, Industrie Forschungsinstitut	DEH/EMPA	1976	laufend	3'820'000.--
- Experten Hotelbau	DEH	1975	1977	224'000.--
- Logopädie, Phonetik Zentrum, Beitrag	DEH	1988		503'000.--
			Total	5'101'000.-- =====
2) <u>Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH</u> (1969 - Juli 89)				
				<u>Leistung</u>
Humanitäre Hilfe:		1969 - 83		2'846'000.--
		1984 - 89		63'000.--
Nahrungsmittelhilfe:		1969 - 83		1'226'000.--
		1984 - 89		15'638'000.--
		(davon 13'007'000.-- über UNRWA 2'268'000.-- über WEP 15'275'000.--)		
SKH:		1969 - 83		-.--
		1984 - 89		-.--
			Total	19'773'000.-- =====
3) <u>Stipendien</u> (1967 - 87)				
		<u>Stipendiaten</u>		<u>Leistung</u>
Hochschulstipendiaten:		8		300'000.--
Bourses DEH:		46		130'000.--
			Total	430'000.-- =====
4) <u>BAWI</u>				
Mischkredit: Unterschrift: 29. Juni 85 : 60 Mio (Bund 20 Mio)				

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	52,0 Mio
Anteil Gesamtausfuhren		0,07 %
Marktbedeutung (Rangstelle)		70.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr.	0,4 Mio
(Einfuhrwert total 1987:	SFr.	5,2 Mio)

Leistungen der Schweiz zugunsten von

L i b a n o n1) DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe) (1962 - 88)

<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
- Lehrerweiterbildungsinstitut Beyrouth	DEH/UNRWA/ UNESCO	1964	1975	4'450'000.--
- Materiallieferung (Gymnastik-M.)	DEH	1963	1963	3'700.--
- Eléctricité du Liban (Planungsaspekte)	DEH	1966	1966	6'000.--
- Graines de mélèzes	DEH	1970	1970	1'200.--
- Centre de formation horologiere, Beiträge	DEH	1968	1974	163'000.--
- Dispensarium und Mütterberatungsstelle Saida, Beiträge	DEH	1972	1974	25'500.--
- Ecole libanaise de formation sociale		1973	1973	21'000.--
			Total	4'670'400.-- =====

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)Leistung

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	20'144'000.--
	1984 - 89	7'434'000.--
(davon 2'950'000.-- über IKRK	500'000.-- über UNICEF	
300'000.-- über UNRWA	100'000.-- über HCR	
	<u>3'850'000.--)</u>	
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	5'298'000.--
	1984 - 89	10'886'000.--
(davon 1'206'000.-- über IKRK	3'131'000.-- über UNRWA	
2'331'000.-- über WEP	<u>6'668'000.--)</u>	
SKH:	1969 - 83	1'955'000.--
	1984 - 89	-.--
	Total	45'717'000.-- =====

- 2 -

<u>3) Stipendien</u>	<u>Stipendiaten</u>	<u>Leistung</u>
Hochschulstipendien:	12	280'000.--
Bourses DEH:	15	40'000.--
		<hr/>
		Total 320'000.--
		<hr/>

4) BAWI

keine off. Leistungen der Schweiz

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	75,5 Mio
Anteil Gesamtausfuhren		0,11 %
Marktbedeutung (Rangstelle)		61.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr.	93,2 Mio
Anteil Gesamteinfuhren		0,12 %

Leistungen der Schweiz zugunsten von

S y r i e n1) DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe) (1962 - 88)

<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
- Tomatensamen	DEH	1975	1975	1'300.--
- Experten PTT	DEH/PTT	1979	1979	45'000.--
			Total	46'300.--
				=====

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)Leistung

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	1'764'000.--
	1984 - 89	329'000.--
	(voller Betrag von 329'000.-- über IKRK)	
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	7'293'000.--
	1984 - 89	7'317'000.--
	(davon 1'256'000.-- über IKRK	
	2'925'000.-- über UNRWA	
	2'673'000.-- über WEP	
	6'854'000.--)	
SKH:	1969 - 83	-.--
	1984 - 89	-.--

	Total	16'703'000.--
		=====

3) StipendienStipendiatenLeistung

Hochschulstipendien:	16	500'000.--
Bourses DEH:	53	150'000.--

	Total	650'000.--
		=====

4) BAWI

keine off. Leistungen der Schweiz

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr.	59,1 Mio	(1987: SFr. 101,6 Mio)
Anteil Gesamtausfuhren		0,08 %	
Marktbedeutung (Rangstelle)		65.	

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr.	6,5 Mio	
Anteil Gesamteinfuhren		0,01 %	

Leistungen der Schweiz zugunsten von

T ü r k e i

1) <u>DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe)</u>		(1962 - 88)		
<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
- Vermessungsgeräte für Techn. Hochschule Istanbul	DEH	1963	1963	30'000.--
- Entwicklung der Milchindustrie im Gebiet von Kars-Istanbul	DEH	1963	1974	3'050'000.-- 5'000'000.-- (Darlehen)
- Verbesserung der forstlichen Nutzungstechnik + Schulung von Waldarbeitern	DEH	1963	1965	197'000.--
- Reorganisation des entreprises de l'Etat turc (planification)	DEH/CH-Firma	1967	1968	135'000.--
- Aufbau + Einführung eines Postchecksystems	DEH/PTT	1968	1968	35'000.--
- Fabrique d'aliments pour enfants	DEH/UNICEF	1969	1974	1'200'000.--
- Kontakt mit Universität (Université du Moyen Orient)	DEH	1971	1971	5'000.--
- Zusammenarbeit ETH-Techn. Universität Istanbul (Fotogrammetrie)	DEH/ETH	1972	1973	60'000.--
- Lice, Multisektorische ländliche Entwicklung in Zusammenarbeit mit DFT (Development Foundation of Turkey)	DEH	1976	laufend	19'611'300.-- (inkl. Verpflichtungen bis 1991)
- Zusammenarbeit ETH-Techn. Universität Istanbul (Ingenieurgeologie/Hydrogeologie)	DEH/ETH	1987	laufend	29'340.--
			Total	24'352'640.--
			+	5'000'000.--
				=====

- 2 -

- In Vorbereitung:
 Aufbau einer Grund-
 wasser Prospektions-
 abteilung innerhalb
 Development Founda-
 tion of Turkey

DEH

geplant
1989/90

ca. 2'000'000.--

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)Leistung

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	3'228'000.--
	1984 - 89	34'000.--
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	397'000.--
	1984 - 89	-.--
SKH:	1969 - 83	1'113'000.--
	1984 - 89	272'000.--

Total 5'044'000.--

=====

3) Stipendien (1967 - 88)StipendiatenLeistung

Hochschulstipendien:	87	1'560'000.--
Bourses DEH:	96	270'000.--

Total 1'830'000.--

=====

4) BAWI

Im Rahmen des OECD-Konsortiums für Hilfe an die Türkei: 1980
 Schweizer-Darlehen von SFr. 60 Mio. (SFr. 35 Mio. Wirtschaftshilfe und
 SFr. 25 Mio. als Zahlungsbilanzhilfe).

Konsolidierungsabkommen in 3 Phasen:

- Phase 1: Unterschrift 19/10/1978 über Schuld von ca. SFr. 102 Mio
- Phase 2: Unterschrift 17/ 1/1980 über Schuld von ca. SFr. 75 Mio
- Phase 3: Unterschrift 19/12/1980 über Schuld von ca. SFr. 300 Mio
 (inkl. Rückstände aus Phasen 1 und 2 von ca. SFr. 56 Mio)
 Rückzahlungen laufend

5) Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

Ausfuhren der Schweiz:

Ausfuhrwert total	SFr. 667,9 Mio
Anteil Gesamtausfuhren	0,99 %
Marktbedeutung (Rangstelle)	17.

Einfuhren der Schweiz:

Einfuhrwert total	SFr. 228,6 Mio
Anteil Gesamteinfuhren	0,31 %

Leistungen der Schweiz zugunsten von
Y e m e n A r a b R e p u b l i c

1) <u>DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe)</u> (1962 - 88)				
<u>Projektname</u>	<u>Durchführende Organisation</u>	<u>Beginn</u>	<u>Ende</u>	<u>Verpflichtung</u>
- Beitrag für Mid-land Farm Development Projekt/Freiwillige Equipe	Secrétariat internat. du Service volontaire	1971	1971	120'000.--
- Photogrammetrie du territoire	DEH/Uni Zürich	1977	1986	3'876'000.--
- Southern Uplands Rural Development Project (SURDP) multi-bi.	DEH/IDA	1981	1987	10'000'000.--
- Landwirtschafts-experte bei der Confederation of Yemeni Development Association (CYDA)	DEH	1982	1986	566'000.--
- Brennholzproduktion (aide associé/multi-bi)	DEH/FAO	1985	laufend	5'770'000.--
- Dhamar Wiederaufbau (aide associé/multi-bi)	DEH/UNICEF	1986	laufend	4'460'000.--
- Southern Rural Agricultural Development Projekt (SRADP) aide associé/multi-bi	DEH/IDA	1987	laufend	10'450'000.--
			Total	35'240'000.-- =====

2) <u>Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH</u> (1969 - Juli 89)			<u>Leistung</u>
Humanitäre Hilfe:	1969 - 83		79'000.--
	1984 - 89		500'000.--
	(voller Betrag von 500'000.-- über HCR)		
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83		528'000.--
	1984 - 89		1'069'000.--
	(voller Betrag von 1'069'000.-- über WEP)		
SKH:	1969 - 83		1'838'000.--
	1984 - 89		1'270'000.--
		Total	5'284'000.-- =====

- 2 -

3) <u>Stipendien</u> (1961 - 87)	<u>Stipendiaten</u>	<u>Leistung</u>
Hochschulstipendien:		
Bourses DEH:	3	<u>10'000.--</u>
		Total
		<u>10'000.--</u> =====

4) BAWI

keine off. Leistungen der Schweiz

5) Schweizerische Privatwirtschaft

keine Information

Leistungen der Schweiz zugunsten von
Y e m e n Demokratische Volksrepublik

1) DEH (Techn. Zusammenarbeit/Finanzhilfe)

keine Leistungen

2) Humanitäre Hilfe/Nahrungsmittelhilfe/SKH (1969 - Juli 89)

Humanitäre Hilfe:	1969 - 83	344'000.--
	1984 - 89	400'000.--
	(voller Betrag von 400'000.-- über IKRK)	
Nahrungsmittelhilfe:	1969 - 83	817'000.--
	1984 - 89	24'000.--
	(voller Betrag von 24'000.-- über WEP)	
SKH:	1969 - 83	215'000.--
	1984 - 89	325'000.--

Total	2'125'000.--
	=====

3) Stipendien

keine Leistungen

4) BAWI

keine Leistungen

5) Schweizerische Privatwirtschaft

keine Information

Leistungen der Schweiz zugunsten von
Bahrein, Arabische Emirate, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Oman

- 1) Bahrein keine Leistungen der
 2) Arabische Emirate offiziellen Schweiz
 3) Kuweit es bestehen aber rege Kontakte zur
 4) Katar schweizerischen Privatwirtschaft

5) Saudi-Arabien nur folgende Leistungen der off. Schweiz:

1) <u>Stipendien</u> (1961 - 87)	<u>Stipendiaten</u>	<u>Leistung</u>
Hochschulstipendien:	1	10'000.--
2) <u>Zivilschutz</u> : Zusammenarbeit zw. Schweiz (Bundesamt für Zivilschutz) und Saudi-Arabien seit 1987		

6) Oman

bisher keine Leistungen der offiziellen Schweiz

Oman hat indessen verschiedentlich Interesse an Zusammenarbeit mit off. Schweiz geäußert, z.Zt. ist Zusammenarbeit mit Bundesamt für Umweltschutz pendent.

Schweizerische Privatwirtschaft (im Jahre 1986)

	Ausfuhren der Schweiz:			Einfuhren der Schweiz:	
	Ausf. total (Mio SFr.)	Anteil Ges. (in %)	Rangstellen	Einfuhren total (Mio SFr.)	Anteil Ges. (in %)
Bahrein	77,7	0,11	60.	9,2	0,01
Arabische Emirate	224,3	0,33	41.	7,1	0,01
Kuwait	111,3	0,16	55.	1,2	
Katar	52,5	0,08	69.	0,3	
Saudi-Arabien	981,6	1,46	12. (1987: 9.)	188,7	0,26
Oman	72,2	0,11	62.	0,3	

Leistungen der Schweiz an die für die Länder der Region wichtigsten internationalen und international tätigen Organisationen

(Es ist nicht möglich festzustellen, wieviel von den Beiträgen, die die Schweiz an internationale Organisationen leistet, den einzelnen Ländern zugute kommt. Eine solche Aufschlüsselung ist deshalb rechnerisch willkürlich, soll aber gleichwohl gewagt werden, wenigstens für die vier wichtigsten Organisationen UNDP, FIDA, UNICEF und UNRWA sowie für die Betreffnisse, die dem IKRK unter dem ordentlichen und ausserordentlichen Budget zugehen.)

1. UNDP

Die Schweizer Betreffnisse stellen ca. 2,5% der UNDP-Mittel dar.

Die UNDP-Leistungen zugunsten der Länder der Studie entsprechen ca. 5% der gesamten UNDP-Aufwendungen.

Die Schweizer Leistungen an UNDP beliefen sich in den letzten fünf Jahren auf ca. SFr. 50 Mio pro Jahr.

5% davon entsprechen einer schweizerischen Beitragsleistung an die Länder der Studie von ca. SFr. 2,5 Mio pro Jahr.

2. FIDA (Fonds international et de Développement agricole)

Die Schweizer Betreffnisse stellen ca. 2,5% der FIDA-Mittel dar.

Die FIDA-Leistungen zugunsten der Länder der Studie entsprechen ca. 8% der gesamten FIDA-Aufwendungen.

Die Schweizer Leistungen seit dem Bestehen des Fonds im Jahre 1977 belaufen sich auf SFr. 1'120'000.--.

8% davon entsprechen einer schweizerischen Beitragsleistung an die Länder der Studie von ca. Sfrs. 9,6 Mio in zehn Jahren oder von SFr. 0,96 Mio pro Jahr.

3. UNICEF

Die Schweizer Betreffnisse stellen ca. 2% der UNICEF-Mittel dar.

Die UNICEF-Leistungen zugunsten der Länder der Studie entsprechen ca. 7,5% der gesamten UNICEF-Aufwendungen.

Die Schweizer Leistungen beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf ca. SFr. 95 Mio.

7,5% davon entsprechen einer schweizerischen Beitragsleistung an die Länder der Studie von ca. SFr. 7,1 Mio in zehn Jahren oder von SFr. 0,71 Mio pro Jahr.

- 2 -

4. IKRK

- a) Die Schweizer Betreffnisse stellen ca. 50% der ordentlichen IKRK-Mittel dar.

Die IKRK-Aufwendungen zugunsten der Länder der Studie entsprechen ca. 25% der ordentlichen IKRK-Mittel.

Die Schweizer Leistungen an das ordentliche IKRK-Budget beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf ca. SFr. 15,5 Mio pro Jahr.

25% davon entsprechen einer schweizerischen Beitragsleistung an die Länder der Studie von ca. SFr. 0,39 Mio pro Jahr.

- b) Die zusätzlichen schweizerischen Betreffnisse ans ausserordentliche IKRK-Budget für Aktionen im iran-irakischen und libanesischen Konflikt beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf ca. SFr. 17,7 Mio, was einer zusätzlichen schweizerischen Beitragsleistung von ca. SFr. 1,8 Mio pro Jahr entspricht.

5. UNRWA

Die Schweizer Betreffnisse stellen ca. 3% der UNRWA-Mittel dar.

Die UNRWA-Leistungen gehen gesamthaft an die Länder der Region. Die Schweizer Leistungen beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf ca. SFr. 85 Mio, was einer schweizerischen Beitragsleistung von ca. Sfrs. 8,5 Mio pro Jahr entspricht.

Friedenserhaltende Operationen der Schweiz

1. Zugunsten der Länder der Studie sind folgende Beitragsleistungen der Schweiz erbracht worden:

1. Beiträge während der Suezkrise 1956

Im Rahmen einer einmaligen Aktion hat die Schweiz Kosten für den Transport nepalesischer Truppen im Gesamtbetrag von SFr. 1,65 Mio erbracht.

2. Beiträge an die UNTSO (United Nations Truce Supervisory Organisation)

Von 1967 bis 1988 hat die Schweiz Unterhaltskosten für das zur Ueberwachung des Waffenstillstandes in Palästina eingesetzte Flugzeug von insgesamt ca. SFr. 45 Mio bezahlt.

3. Beiträge an die UNIFIL (United Nations Interim Forces in Lebanon)

Im Rahmen der neuen schweizerischen Politik entrichtet die Schweiz 1988 einen erstmaligen Beitrag von SFr. 2 Mio. Ab 1989 wird der Jahresbeitrag auf SFr. 2,5 Mio erhöht werden.

1988 werden zusätzlich SFr. 400'000.-- für die Anschaffung einer Kleinkläranlage sowie eines Chiffriergerätes entrichtet werden.

4. Beiträge an die UNIMOG (United Nations Iran/Irak Military Observer Groups)

Im August 1988 hat die Schweiz eine Beitragsleistung von SFr. 1,2 Mio für einen 6-monatigen Einsatz eines Kommandoflugzeuges beschlossen.

5. Beitrag für den Aufbau eines weltweiten Ambulanzdienstes

Ab 1989 wird die Schweiz jährlich SFr. 500'000.-- für die Repatriierung verletzter UNO-Soldaten durch die REGA bereitstellen. Z. Zt. stehen die grössten UNO-Kontingente in den Ländern dieser Studie.

Angaben betreffend Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (per 1987)

Anhang 4

	Bodenfläche		Bevölkerung		Bevölkerungsstruktur			Bevölkerungs- wachstum	Lebens- erwartung	Werk tätige Bevölkerung		
	km2 (1000)	Landwirtschaftl. nutzbar (%)	total (1000)	städtisch (%)	0-14	15-64	über 65			% Gesamt Bev.	% Männer von männl. Gesamtbev.	% Frauen von weib. Gesamtbev.
Aegypten	1001,4	2,5	49,7	46	40	57	4	ca. 3,0	61	31,4	49,8	12,5
Bahrein	0,6	10,0	0,41	82	35	63	2	2,8	69	26,3	42,5	10,0
Irak	438,0	21,7	15,3	70	47	50	3	3,7	61	26,1	41,9	9,4
Iran	1648,0	35,7	46,0	54	45	52	3	3,1	60	27,6	47,1	7,3
Israel	20,8	59,5	4,3	90	34	58	8	2,3	75	35,7	44,2	27,4
Jordanien	97,7	5,3	3,6	72	50	48	3	2,7	65	24,0		
Katar	11,4		0,3	85				5,5	57	43,7	64,4	9,7
Kuwait	17,8	7,8	1,7	92	43	55	1	6,4	72	39,5	55,8	18,1
Libanon	10,4	29,6	2,6	65	43	52	5	2,6				
				(1973)		(1977)						
Oman	212,4	3,5	1,2	9	46	52	3	4,2	54	42		
Saudi Arabien	2149,7	40,1	12,0	72	44	54	3	4,9	62	33		
Syrien	185,2	75,4	10,8	49	48	48	4	3,5	64	23,3	39,1	6,7
Türkei	780,6	46,6	51,4	46	38	58	4	2,2	64	42,9	54,1	31,4
Arabische Republik Yemen	195,0	42,8	8,2	19	46	51	3	2,8	54	26		
Demokratische Volks- republik Yemen	233,0	25,0	2,1	37	46	51	3	2,3	46	24		
Vereinigte Arabische Emirate (Abu Dhabi allein)	83,6 67,3)	2,6	1,4	79	31	67	2	11,7	70	53,7	73,9	8,8
Schweiz	0,4	45	6,4	59				0,1	73	48,6	63,4	34,4

Angaben betreffend Gesellschaft, Wirtschaft, Politik

	Wirtschaftsstruktur (Beschäftigte/Beitrag am Bruttoinlandprodukt (BIP) in %)								Bruttosozial- produkt pro Kopf der Bevöl- kerung (US \$)	Internationale Verschuldung (% BIP)	Internat. Kreditrating (Rang von total 109)
	Landwirtschaft		Bergbau		Verarbeitendes Gewerbe		Dienstleistung				
	% Beschäft.	% BIP	% Beschäft.	% BIP	% Beschäft.	% BIP	% Beschäft.	% BIP			
Aegypten	35,0	25	2	15	18	25	45	35	730	38	72
Bahrein	5	1	1	15	34	20	60	64	10'200	-	35
Irak	40	12	4	35	22	22	34	36	1'963	105	88
Iran	39	20	6	10	28	10	27	60	3'000	-	80
Israel	5	5	1	1	35	32	59	62	6'220	114	52
Jordanien	20	7	2	2	18	25	60	66	1'530	108	49
Katar	12	2	5	40	15	15	68	43	19'271	-	33
Kuwait	2	1	4	40	30	20	64	39	16'100	17	27
Libanon	11	10			20	15	69	75			107
Oman	58	10	3	50	7	10	32	30	6'306	-	37
Saudi Arabien	40	4	2	28	20	20	38	48	8'000	18	26
Syrien	33	19	13	10	18	16	36	55	1'880	23	81
Türkei	58	20	2	2	15	26	25	52	1'120	54	45
Arabische Republik Yemen	85	28			17	9	9		550	44	
Demokratische Volksrepublik Yemen	41	32	-	-	28	7	28		480	106	
Vereinigte Arabische Emirate	6	1	4	40	15	15	75	44	20'892	-	30
Schweiz	7	4	-	-	39	40	54	56	16'290		

Angaben betreffend Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

	Unabhängigkeit	Regierungsform	Minoritäten und Ethnien	Religions-Zugehörigkeit
Aegypten	1952 (Sturz der Monarchie)	Präsidiale Republik	Aegypten, arabische Hamiten und arabische Beduinen, Nubier und Berber	86% Muslims (fast alle Sunniten) 13% Kopten, 05% andere Christen, kleine jüdische Gemeinde
Bahrein	1971	Konstitutionelles Scheichtum	80% Araber, 9% Iraner, 5% Inder und Pakistaner	25% Sunniten, 60% Schiiten, 7% Christen, 8% Juden, Hindus und andere
Irak	1932 (1958) Sturz der Monarchie)	Sozialistische Präsidialrepublik	74% Araber, 22% Kurden 2% Türken, Beduinen	55% Schiiten, 40% Sunniten 4% Christen und andere
Iran	alte Weltmacht (1979 islamische Revolution)	Islamische Republik	60% iranische Perser und Belutschen, 8% Kurden, 20% turk-tartarische Aserbeidschaner, 8% Araber, Armenier, Assyrer	90% Schiiten, 8% Sunniten, 1% Christen, kleine jüdische Gemeinde, kleine Gemeinde von Zaratustra Anhängern, Bahai
Israel	1948	Parlament. Republik	51% sephardische Juden, 34% Ashkenazim, 15% Araber	83,5% Juden, 14% Sunniten, 2% Christen, Rest Drusen, Bahai
Jordanien	1946	Konstitutionelle Erbmonarchie	95% jordanische Araber und Palästinenser, 1,2% Tscherkessen, 0,2% Armenier, 0,1% Kurden	90% Sunniten, 3% Schiiten, 5% Christen, Rest Bahai, Samariter, Drusen
Katar	1971	Fürstentum	50% Araber, 10% Iraner, 18% Inder, 18% Pakistaner	95% Moslems (grosse Mehrheit wahhabitische Sunniten), Hindu, Christen
Kuwait	autonom seit 1956	Konstitut. Erbmonarch.	85% Araber (40% Kuwaitis), Iraner, Inder, Pakistaner	67% Sunniten, 30% Schiiten, 3% Christen, Hindu
Libanon	1943	Parlament. Republik	Arabischstämmige Libanesen, Tscherkessische und armenische Minderheiten und Palästinenser	36% Schiiten, 29% Maroniten, 24% Sunniten, 4% Drusen, 4% griechisch-orthodoxe, 2% Armenier
Oman	alte Regionalmacht seit 1650	Absolutes Erb-Sultanat	Araber, Belutschen, Sansibaren, Inder	75% Ibaditen, Rest Sunniten, Schiiten, Hindu
Saudi-Arabien	1926	Monarchie	90% Araber, Afro-Asiaten	90% Sunniten (mehrheitlich Wahhabitiden), 8% Schiiten, 2% Christen, Hindu

Syrien	1941	Soz. Präsidiale Rep. (seit 1973)	90% Araber inkl. Palästinenser, 6% Kurden, Rest Armenier, Tschern	65% Sunniten, 12% Schiiten, 11% Alawiten, 10% Christen; Ismaeli, Moslems, Drusen, Yezidiz, kleine jüdische Gemeinde
Türkei	1923	Parlament. Republik	70% Türken, 15% Kurden, 5% Ara- ber, Rest Tscherkessen, Armenier, Griechen, Lhasen, Bulgaren, Türken	über 99% Moslems, mehrheitlich Sunniten, aber auch Schiiten, Alawiten, ismaelische Moslems; 0,3% Christen
Arabische Republik Yemen	1918	Arab. Islam. Republik (seit dem Sturz des Imam 1962)	Südaraber vermischt mit Afri- kanern und Ismaeliten	50% Schiiten (Saiditen), 49% Sunniten (Shafiten), Christen
Demokratische Volksrepublik Yemen	1967	Demokr. Volksrep. 1970	Araber und Yemeniten, daneben indische, palästinensische und somalische Minderheiten	90% Sunniten und Schiiten, Christen, Hindu
Vereinigte Arabische Emirate	Föderation seit 1971	Föderation von 7 auto- nomen Emiraten	40 Stämme, 3/4 der Bevölkerung Ausländer: Iraner, Inder, Pakistaner	78% Sunnite, 20% Schiiten, Rest Christen, Hindu

Entwicklungshilfeleistungen der Länder der Region

1) Prozent der Staatlichen Entwicklungshilfeleistungen

	<u>aus den Oeleannahmen</u>		<u>am Bruttosozialprodukt</u>	
	1977	1985	1977	1985
Irak	0,2	- 1,0	0,0	- 0,1
Iran	1,8	- 0,2	0,9	- 0,1
Katar	7,9	0,4	6,5	0,2
Kuwait	17,2	8,2	9,0	3,25
Saudi-Arabien	8,4	9,9	5,6	2,99
Vereinigte Arabische Emirate	12,4	2,2	10,2	1,1

2) Die 10 grössten Donatoren von Entwicklungshilfeleistungen der Welt im Jahre 1985

a) aufgrund der Netto-Auszahlungen (in Mio Dollars)

USA	7389,0
Frankreich	3974,8
Japan	3407,8
Bundesrepublik Deutschland	2789,4
Saudi-Arabien	2728,4
Kanada	1615,5
England	1500,5
Niederlande	1131,6
Italien	1081,3
Kuwait	791,4

b) im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt (in %)

Kuwait	3,25
Saudi-Arabien	2,99
Vereinigte Arabische Emirate	1,08
Norwegen	1,03
Niederlande	0,92
Schweden	0,81
Dänemark	0,79
Frankreich	0,78
Belgien	0,54
Kanada	0,49